SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Rußland und der Jugoslawienkonflikt

Hoppe, Hans-Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Hoppe, H.-J. (1997). *Rußland und der Jugoslawienkonflikt.* (Berichte / BIOst, 14-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42913

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.rrz.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung	3
Historische und ideelle Verbindungen	7
Die besonderen russischen Interessen	7
Russisch-serbische Schicksalgemeinschaft	8
Historische Verbindungen	10
Bilanz der russischen Jugoslawienpolitik	11
Russisch-jugoslawische Putschpläne 1990/91	11
Schwierige russische Balancepolitik	12
Schwindender russischer Einfluß	17
Das russische Kontingent in Kroatien und Bosnien	21
Russische Blauhelme und Söldner in Ex-Jugoslawien	21
Die russische Truppe in Ostslavonien	23
Das russische Kontingent in Bosnien	23
Das Sonderverhältnis zu Serbien	29
Die russisch-serbischen Beziehungen	29
Rußlands Beziehungen zu den anderen ex-jugoslawischen Nachfolgerepubliken	33
Fazit: Eine neue Aufteilung der Interessensphären?	35
Summary	39

20. Januar 1997

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Balkanexperte und Lehrbeauftragter für Osteuropäische Geschichte an der Universität Köln.

Redaktion: Gerhard Wettig/Bernd Bentlin

Hans-Joachim Hoppe

Rußland und der Jugoslawienkonflikt

Bericht des BIOst Nr. 14/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Jugoslawienkonflikt schien alte Interessengegensätze der Großmächte auf dem Balkan wieder zu beleben. Der Streit um das Vorgehen in Jugoslawien drohte sogar, den europäischen Einigungsprozeß wie auch die Ost-West-Annäherung nach der Wende zu stören. So sah es zeitweise aus, als ob jede Kriegspartei unter den europäischen Ländern ihre Schutzmacht habe. Deutschland und die USA schienen auf Kroatien und Bosnien, England, Frankreich und Rußland auf Serbien fixiert zu sein. Diese Fronten wurden durch die gemeinsamen Friedensbemühungen, insbesondere mit dem Abkommen von Dayton, und durch die Einbindung Rußlands in die Befriedungsaktionen überdeckt. Dabei wird Rußlands Jugoslawienpolitik als Indiz für seine Bereitschaft zur Kooperation mit dem Westen angesehen.

Nach sechs Jahren der Jugoslawienkrise, die erstmals Aussicht auf eine Lösung hat, kann hier im Hinblick auf die Rolle Rußlands eine Bilanz versucht werden. Es soll untersucht werden,

- welche historischen und geistigen Traditionen das russisch-jugoslawische Verhältnis noch heute bestimmen,
- welche Rolle Jugoslawien in den strategischen und außenpolitischen Überlegungen einnimmt und ob Rußland direkte regionale Interessen im Balkanraum hat, – inwieweit die russische Jugoslawienpolitik nur als Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen der Moskauer Führung und der rot-braunen Opposition herhalten muß,
- und inwieweit das russische Engagement für Jugoslawien nur der außenpolitischen Profilierung als Großmacht dient.

Es ist schließlich zu fragen, ob die aus globalen Erwägungen erfolgte Einbindung Rußlands seitens der EU und der USA der Lösung des Jugoslawienkonflikts förderlich oder eher hinderlich war. Welche Rolle spielten die russischen Truppen in den Konfliktgebieten? War und ist ihr Einsatz wirklich Modell einer praktischen Kooperation zwischen der NATO und Rußland oder kann in der Truppenstationierung ein gefährlicher Präzedenzfall gesehen werden? Als besonders bedrohlich wird vielfach die neue "strategische Partnerschaft" Rußlands mit Serbien gesehen, die einen Keil in die NATO-Osterweiterung treiben könnte. Werden die sich hier abzeichnenden Gefahren überschätzt?

Die Untersuchung beruht außer auf der einschlägigen Literatur vor allem auf der Berichterstattung der Presse und auf Agenturmeldungen, insbesondere solchen russischer und serbischer Herkunft.

Ergebnisse

1. Der Zerfallsprozeß in der Sowjetunion und in Jugoslawien rief eine gewisse Interessengemeinsamkeit der Führungseliten hervor, die beiden Vielvölkerstaaten und ihre politische Machtstellung zu erhalten. Aus dieser Sorge heraus unterstützte Gorbatschow die westlichen Vermittlungsbemühungen im jugoslawischen Konflikt. Gleichzeitig nahmen Militärkreise in Jugoslawien und der Sowjetunion wegen gemeinsamer Putschpläne Kontakt auf. Während diese in Rußland scheiterten, wurden sie in Jugoslawien als Intervention der Jugoslawischen Volksarmee im Sommer 1991 gegen Slovenien und Kroatien und ab 1992 durch den Krieg in Bosnien realisiert.

2. Der Jugoslawienkrieg war für die russische Opposition ein wichtiges Integrationsforum, um im innerpolitischen Machtkampf die Moskauer Führung wegen ihrer Servilität gegenüber dem Westen und mangelnder Unterstützung für die Serben anzuprangern. Dabei spielte sie sentimentale Gefühle ethnisch-religiöser und historischer Verbundenheit hoch, obwohl in der Vergangenheit das Verhältnis zu Belgrad tatsächlich wechselhaft und in der Tito-Ära gespannt war. Auch war Miloševićs Verhältnis zu Gorbatschow und Jelzin wegen seiner Verbindungen zur nationalkommunistischen Opposition in Rußland nicht ungetrübt.

3. Zu Beginn des Jugoslawienkonflikts versuchte die russische Führung den schwierigen Balanceakt zwischen einer am Westen orientierten Jugoslawien-Politik und der Rücksichtnahme auf die proserbische Stimmung in Rußland. Höhepunkt dieser prowestlichen Generallinie war die Zustimmung Rußlands im UN-Sicherheitsrat zur Verhängung von Sanktionen gegen Restjugoslawien im Mai 1992. Unter dem Druck der kommunistischen und nationalpatriotischen Opposition versuchten die Außenminister Kosyrew und Primakow zunehmend, das russische Eigeninteresse zu demonstrieren, ohne den Westen zu brüskieren. Moskau schloß sich – wenn auch zögernd – der westlichen Sanktionspolitik an und trug dazu bei, härtere Maßnahmen insbesondere eine Militäraktion gegen Serbien, zu hintertreiben. Rußlands Prestigebedürfnis wurde durch Einbeziehung in die Kontaktgruppe und Beteiligung an Blauhelmeinsätzen Rechnung getragen. Dabei versuchte der Westen, Rußlands Sonderbeziehungen zu den Serben nutzbar zu machen. Rücksichtnahme auf Rußland hat allerdings wirksamere Entscheidungen und ein erfolgreicheres Krisenmanagement verhindert.

4. Stärkeres amerikanisches Engagement, beginnend im Frühjahr 1994 mit der von Washington forcierten muslimisch-kroatischen Annäherung, führte zu einer Marginalisierung der russischen Politik, die vergeblich durch ein Militärabkommen mit Belgrad zu kontern suchte. Trotz russischer Bedenken erfolgten NATO-Luftangriffe und der Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe. Die entscheidende Wende brachte die vom Westen gestützte, von Rußland heftig kritisierte kroatische Blitzoffensive gegen die bosnischen Serben im Sommer 1995. Rußland, dem bis dahin wegen seiner Beziehungen zu den Serben eine

Schlüsselrolle zugewiesen worden war, wurde nun kaum noch gebraucht. Die Friedensvermittlung von Dayton und Paris erfolgte unter der Regie der Amerikaner und der NATO. Der Westen versuchte dann zwecks Stärkung Jelzins, Rußland stärker in die Durchführung des Friedens einzubeziehen – durch Beteiligung an der NATO-geführten Friedenstruppe IFOR und Einbindung in deren Kommandostruktur. Die russische Führung paßte sich den westlichen Initiativen im wesentlichen an, versuchte aber stets eine eigene Linie zu demonstrieren. Dabei sah der Westen die Kooperation mit Rußland als Modell einer künftigen strategischen Partnerschaft an.

5. Die Kontroversen um die Implementierung von Dayton reduzierten sich oft auf Empfindlichkeiten bei westlichen Schritten, die Rußlands Image zu unterminieren schienen. Substantieller war der Streit mit den westlichen Partnern über den Umgang mit den Kriegsverbrechern sowie um die Aufrüstung der Kroaten und Moslems zur Herstellung eines militärischen Gleichgewichts in der Kriegsregion. Dabei fanden die russischen Bedenken auch bei den Europäern Widerhall, die anders als die Amerikaner auf Abrüstung und wirtschaftlichen Wiederaufbau setzten.

6. Die Beteiligung russischer Truppen an UN-Peacekeeping und an der IFOR in Bosnien ist auf dem Balkan nicht unumstritten. Vom Westen wurde sie aus höheren Überlegungen zur Einbindung Rußlands und als Modell für eine umfassendere Zusammenarbeit Rußlands mit der NATO forciert. Von den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten hingegen wird die erneute Präsenz russischer Truppen auf dem Balkan, zudem an zwei strategisch wichtigen Punkten, insbesondere wegen einer möglichen Verhärtung der russischen Politik mit Unbehagen betrachtet. Eine langfristige Präsenz russischer Truppen in Bosnien werde nicht zur Friedenserhaltung in dieser Region beitragen, sondern "kompliziere nur die Dinge". Trotz anfänglicher Schwierigkeiten wie dem Streit über die Kommandostruktur überwiegen Berichte über gute Kooperation vor Ort. Bisher haben sich die Befürchtungen nicht bewahrheitet, daß die Russen die Reintegration Ostslawoniens in Kroatien zu hintertreiben suchen oder im Konflikt um den nordbosnischen Korridor Partei ergreifen.

7. Noch größere Befürchtungen als die relativ schwache russische Truppenpräsenz in Bosnien und Kroatien weckt die russisch-serbische Militärkooperation, die ein mögliches Instrument gegen den wachsenden Einfluß der NATO auf dem Balkan ist. Das Trauma der Aufteilung Europas in Einflußsphären wirkt auf dem Balkan bis heute nach. So wurde nicht nur in den Präferenzen der Mächte für die jugoslawischen Nachfolgestaaten und in der Aufteilung Kroatiens und Bosniens, sondern auch in der Verteilung der multinationalen Friedenstruppe, insbesondere des russischen Kontingents, schon eine Neuauflage der Interessenabgrenzung auf dem Balkan gesehen. Dabei wirkt sich das Nebeneinander russischer Kooperation mit dem Westen, nationalbetonter Großmachtbestrebungen und entschieden antiwestlicher Haltung als zusätzlicher Unsicherheitsfaktor auch auf den Balkan aus. Zu mehr Stabilität auf dem Balkan könnten eine Einbindung aller ex-jugoslawischen Republiken in die europäischen Strukturen sowie eine strategische Partnerschaft Rußlands mit der NATO beitragen.

Historische und ideelle Verbindungen

Die besonderen russischen Interessen

Das strategische Interesse an Jugoslawien, insbesondere an Serbien, wird von Moskau mit einer Vielzahl an Stereotypen, ethnischen, religiösen und historischen Gemeinsamkeiten begründet. Sie müssen als politisches Motiv für Rußlands Forderung nach Aufhebung der Sanktionen und Militärhilfe für die bosnischen Serben herhalten. Die Diskussion über Moskaus Rolle im Jugoslawienkonflikt vertiefte die Kluft zwischen den politischen Lagern und konsolidierte das antiwestliche Spektrum aus Eurasiern, Panslavisten und Slavophilen, Nationalisten und Altkommunisten. Der Jugoslawienkrieg wurde von der Opposition quer durch alle Lager als Thema hochgespielt, um die Regierungspolitik wegen ihrer Servilität gegenüber dem Westen zu verurteilen und gegen dessen grundsätzlich antiserbische und antislawisch-orthodoxe Einstellung zu wettern. Die Einstellung der russischen Gesellschaft gegenüber dem Balkankrieg ist geradezu schizophren, wenn der russische Normalbürger mehr vom Tschetschenienkonflikt als von einem entfernteren Land berührt ist, das jahrzehntelang jenseits des politischen Interesses lag. Die Vorstellung von den spezifischen Interessen Rußlands auf dem Balkan ist in allen Lagern fest im russischen Bewußtsein verwurzelt. Die These von den strategischen russischen Interessen in der Region ist ein Versuch, die traditionelle imperiale expansionistische Politik Rußlands wiederzubeleben, sie dient der Begründung einer großen slavischen Allianz als Gegengewicht zur von den USA und Europa propagierten "Neuen Weltordnung" und als Keil gegen die Pläne zur NATO-Osterweiterung.[1]

Was die ethnische und religiöse Verwandtschaft zwischen Russen und Serben betrifft, so sind zwar beide Slaven und Orthodoxe, doch sind die Mentalitätsunterschiede mindestens so groß wie die innerhalb anderer Völkerfamilien. Die Konzentration Rußlands auf Serbien verletzt die Gefühle anderer Balkanvölker – der Kroaten, Slovenen, Bosnier, Bulgaren und Makedonen, die ebenfalls Slaven und von denen die beiden letzten wie Griechen und Rumänen auch orthodoxen Glaubens sind. Warum aber muß Rußland ausgerechnet Serbien stützen und nicht etwa die von Serbien bedrohten ebenfalls slavischen Völker? Die Führung der Orthodoxen Kirche Rußlands hält sich mit einseitiger Parteinahme für die Serben zurück. Während der serbische Patriarch Pavle, mit Hilfsappellen Rußland in die Pflicht nehmen will, sucht der Moskauer Patriarch Aleksij II. eine Festlegung zu vermeiden und wendet sich mit Versöhnungsaufrufen an alle Nationen und Konfessionen Ex-Jugoslawiens. Sein Beschwörung jahrhundertealter Bande des Glaubens, slavischen Blutes und des Schicksals klingen dabei eher formelhaft.[2]

Wie schon in der Vergangenheit können Panslavismus und Panorthodoxismus die Widersprüche zwischen den einzelnen slavischen und orthodoxen Völkern kaum überdecken. Im

---

[1] Peter Bonin, Historische Mythen und die rußländische Balkanpolitik, in: Osteuropa, A-169ff.

[2] Zajavlenie Patriarcha Moskovskogo i vseja Rusi Aleksija II i Svjaščennogo sinoda Russkoj Pravoslavnoj Cerkvi, in: Slavjane, obščeslavjanskaja gazeta, Nr. 10, Juli 1993.

Westen wecken sie altes Mißtrauen und bei den osteuropäischen Völkern alte Befürchtungen neuer Bevormundung durch Rußland. Auch Rußland dürfte statt an der Schürung von Konflikten, in erster Linie an Ruhe und Konsolidierung in der Region, an seiner Südwestflanke, interessiert sein. Den Mythos von der russisch-serbischen Verwandtschaft wagte der russische Politologe Sergej Romanenko kritisch zu hinterfragen. So seien die Russen, die sich heute lauthals als "Glaubensbrüder" der Serben bezeichnen und ihnen zu Hilfe eilen wollen, mit der Warnung vor dem "jugoslawischen Revisionismus" aufgewachsen, während die serbischen Generäle, die vehement die militärische und politische Unterstützung von Rußland einfordern, in der Angst vor der sowjetischen Aggression ausgebildet worden.[3]

Russisch-serbische Schicksalgemeinschaft

Gerne werden historische Parallelen und Schicksalsgemeinsamkeiten beschworen: Mit dem Niedergang des Kommunismus seien die Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien zusammengebrochen. Ihre beiden dominierenden Völker, Russen und Serben, müßten nun ihre historische Rolle als Ordnungsfaktoren wieder einnehmen. Beide Völker hätten unter dem Kommunismus gelitten, seien von ihm niedergehalten und "entnationalisiert" worden. Beide Völker hätten sich nun auf ihre patriotischen Pflichten zu besinnen. Sie ständen nicht allein, denn hinter den Rußland steht Serbien/Montenegro, und hinter den Serben 160 Millionen Russen![4] Dabei wird die Stellung Serbiens im ehemaligen Jugoslawien gern auf die eigene Stellung im Sowjetimperium projiziert. Russen wie Serben erkennen im vergangenen kommunistischen Staat heute weniger ein Instrument ihrer Vorherrschaft als eines zur Verhinderung der ihnen zukommenden Machtstellung. Nach dessen Niedergang seien sie neuen Bedrohungen ausgesetzt. Die Vision von der "Balkanisierung" des eigenen Landes, der Weg vom Zerfall zum Krieg, erscheint als neues Schreckensbild.[5] Rußland und Serbien müßten nicht nur um die Integrität ihrer verbliebenen Staaten kämpfen, sondern auch ihre Landsleute, die nun in den Nachbarländern unter fremder Herrschaft leben, schützen. Solche Parolen wie "Alle Serben in einem Staat" und "wo Serben leben, ist Serbien" finden bei Verfechtern einer russischen Großmachtpolitik großen Anklang, die für den Anschluß der Krim, Transnistriens oder anderer Gebiete oder gar für eine Wiederherstellung der Sowjetunion plädieren. Als erster Schritt einer "Jugoslawisierung" der russischen Politik erscheint die "neue Militärdoktrin" mit ihrem Anspruch des Schutzes aller Russen außerhalb der Russischen Föderation. Beim jugoslawischen Vorbild lieferte die entsprechende "Idee der bedrohten Serben" den Vorwand zu einer blutigen Kriegsführung und dem Endziel aller Serben in einem Staat.[6] Alle politischen Lager sahen im blutigen Zerfall Jugoslawiens ein mögliches Szenario für Rußland, wobei die Gemäßigten einen schrecklichen Präzedenzfall für die Hilflosigkeit der Weltgemeinschaft sahen, die Nationalisten einen nachahmenswertes

---

[3] Segodnja, 15.9.1995, S. 9.

[4] A. Krymcev, Serby spasut Rossiju, in: Politika, 1/1993.

[5] Äußerungen von Pavel Kandel, Mitarbeiter des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften zu Nova Makedonija, 25.11.1994.

[6] Frank Umbach: The "Yugoslavisation" of the former Soviet Union and Western Crisis Management, in: Berichte des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), 24/1993.

Beispiel für die Restauration des zerfallenen Imperiums und die Kommunisten eine ihrer letzten Bastionen.

Der Jugoslawienkrieg wird in Verbindung mit Rußland ins Globale hochstilisiert: Die Bedeutung des Jugoslawienkonflikts bestehe darin, daß sich im Rahmen des kleinen Balkanlandes das Szenario eines gigantischen kontinentalen Konflikts abspielt, der in Rußland ausbrechen könne. Jugoslawien sei mit seinen vielen Nationalitäten eine Sowjetunion in Miniatur. Die dort wohnenden Völker repräsentierten große kontinentale Kräfte – die Serben das orthodoxe Rußland, die Kroaten und Slovenen Mitteleuropa, die Albaner und Bosnier die Überreste der Türkei und der islamischen Welt. Die am Balkankonflikt beteiligten geopolitischen Kräfte hätten ihr Synonym in Rußland, nur in einem gewaltigeren Umfang, nämlich in der Ukraine und Weißrußland, die sich vom russischen Osten bedroht fühlen. Der serbisch-moslemische Gegensatz habe seine Analogie im russisch-islamischen in Mittelasien und im Kaukasus, wo konkurrierende Einflußzonen der Türkei und des Iran wirksam werden.[7] Westliche Kreise hätten auf Drängen Deutschlands die Demontage Jugoslawiens betrieben. Dahinter stehe der katholische Faktor, der Vatikan, der einst im Zweiten Weltkrieg den Ustasa-Staat unterstützt habe und nun für die Abspaltung Kroatiens und Sloveniens verantwortlich sei. Dieselben Kräfte hätten auch die Abspaltung der Ukraine und Weißrußlands von Rußland erreicht und wollten nun mit den Phrasen von Demokratie und Selbstbestimmung Rußland aufspalten.

Die Kritik richtet sich gegen den Westen, vor allem gegen die USA und Deutschland. Der Westen wolle mit den Konflikten die neuen slavischen Staaten ruinieren und sie in seine Abhängigkeit bringen. Dabei spielten die USA sich als "Weltpolizist" auf. Deutschland maße sich nach der Wiedervereingung eine Großmachtrolle an, wolle die Politik der EU dominieren und Jugoslawien zum Testgelände seiner selbständigen Außenpolitik machen. Die Serben stimmen in die russische Propaganda mit ein durch Gerede von einem nach der Wiedervereinigung erstandenen "Vierten Reich" und einer Weltverschwörung Deutschlands, der USA und des Vatikan. Sie bedienen sich der Stereotypen vom isolierten Slaventum, das sich gegenüber dem vom Katholizismus geprägten Westen wehren müsse. – Die westliche Intervention in Jugoslawien könne zum Präzedenzfall für ein Eingreifen in Nationalitätenkonflikte im GUS-Raum werden; Jugoslawien stelle für den Westen ein Übungsgelände für eine Intervention bei Krisen in Rußland und anderen Regionen dar. Die jugoslawische Erfahrung könne bei der Beilegung interethnischer Konflikte in anderen Regionen von Nutzen sein. Mit den Sanktionen gegen Serbien werde ein Exempel für Rußland statuiert. – Der russischen Führung wird Servilität gegenüber dem Westen vorgeworfen. Sie schaue zu, wie die Amerikaner auf dem Balkan eine neue Ordnung einrichteten.[8] Der Vorwurf, Rußland führe keine selbständige Außenpolitik, die Führung Jelzins vernachlässige russische nationale Interessen und gerate immer mehr in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen, wird gegen alle jüngsten außenpolitischen Entscheidungen gerichtet – gegen die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen, die Re-

---

[7] Evrazijskij analiz: Geopolitika jugoslavskogo konflikta, in: Elementy, evrazskoe obozrenie, 2/1992.

[8] Literaturnaja Rossija, 26.2.1993.

duktion der konventionellen Waffen, gegen die der Partnerschaft mit dem Westen, im Konflikt am Golf und jetzt bei der Jugoslawien-Krise.[9]

Den Niedergang als Weltmacht kann das nachkommunistische Rußland schwer verschmerzen. Seine Demütigung und sein verletztes Machtverständnis sucht es in einem Kult der "heroischen" Vergangenheit und historisch-kulturellen Manifestationen zu "ertränken". Die Beschwörung der Geschichte dient als Kompensation der nationalen Demütigung in der Gegenwart. Dies verbindet die Russen mit den sich ebenfalls gedemütigt fühlenden Serben. Eine breite Öffentlichkeit von Nationalisten, Kommunisten bis hin zu manchen Demokraten sehen Rußland wieder als den "Hort der Orthodoxie" und Beschützer der slavischen Brüder, in erster Linie des serbischen "Brudervolks". Hysterisch appellieren kommunistische und nationalistische Gruppen an die Einheit der Slaven und drohen dem Westen wegen seines "Genozids" an den Serben mit Rache und einem Dritten Weltkrieg. Die NATO gilt auch gemäßigten Kreisen als "Gendarm Europas". Rußland aus dem jugoslawischen Konflikt auszuschließen und diesen allein durch die NATO zu regeln, hielt sogar Gorbatschow für inakzeptabel. Er rügte die westliche Politik als Rückfall in den Kalten Krieg. Andere warnten davor, durch Bomben gegen die bosnischen Serben das russische Volk der rot-brauen Koalition zuzutreiben. Den schwersten Schaden richteten sie demnach nicht unter den Serben, sondern in Rußland an. Vom Westen enttäuscht, würden sich die Russen nicht das von Gorbatschow beschworene "Europäischen Haus", sondern das triste "Unser Haus Rußland" herbeisehnen.[10]

Historische Verbindungen

Ein beliebtes Argument sind alten historischen Verbindungen zwischen Rußland und Serbien. Tatsächlich spielte der Balkan bereits im 19. Jahrhundert in der russischen Politik eine zentrale Rolle, als sich Rußland zum Patron der orthodoxen Christen im Osmanischen Reich erhob. Das serbische Brudervolk, das sich als erstes slavisches Volk von der osmanischen Oberherrschaft befreite, war schon damals Gegenstand panslavischer Ideen. Man erinnert an den Kampf russischer Freiwilliger für die Serben, die schon damals oft ohne Billigung ihrer Regierung auf den Balkan zogen und dadurch diese gegenüber dem Westen in Verlegenheit brachten. Die Serben ihrerseits beanspruchten auf dem Balkan eine Vorzugsstellung und schauten auf Rußland als dem großen slavischen Bruder. Allerdings folgte die russische Politik im europäischen Mächtekonzert schon damals "globaleren" Interessen und bediente sich auf dem Balkan nach Gutdünken allen oder nur einigen der untereinander konkurrierenden orthodoxen Staaten – Bulgarien, Rumänien und Serbien. Nach der Oktoberrevolution von 1917 kam es zu einem Bruch zwischen der UdSSR und dem unter westlicher Ägide gegründeten Königreich Jugoslawien, das obendrein den Gegnern des Bolschewismus, Weißgardisten und Emigranten, Unterschlupf bot. Zwischen Hitler und Stalin wurde der Balkan Objekt des Interessenstreits. Die Annäherung Jugoslawiens an Deutschland gipfelte Ende März 1941 in dessen Beitritt zum Dreimächtepakt; ein Putsch

---

[9] Rossijskaja gazeta, 28.5.1992.

[10] Jutta Scherrer, Herbst in Rußland. Von der Aufdringlichkeit der Geschichte, in: NZZ, 9./10.12.1995, S. 53.

probritischer Offiziere in Belgrad provozierte wenige Tage später mit dem demonstrativen Abschluß eines Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion Hitlers Befehl zum Angriff und zur Zerschlagung Jugoslawiens. Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Tito-Partisanen von Briten und Russen unterstützt. Da diese sich weitgehend aus eigener Kraft durchsetzten, brauchten sie weder eine Okkupation durch die Rote Armee noch eine Anbindung an die sowjetische Hemisphäre hinzunehmen. Nach dem Bruch mit Moskau konnte Tito mit westlicher Hilfe seine blockfreie Politik aufrechterhalten. Die in der Breshnew-Ära verhärteten Beziehungen (u.a. wegen Besetzung der Tschechoslowakei) konnten erst durch Gorbatschows Besuch in Belgrad 1988 verbessert werden. Zur reformorientierten, prowestlichen Moskauer Führung war das Verhältnis des Milošević-Regimes, das sich 1990 in Belgrad durchsetzte, distanziert bis gespannt, ideologisch und politisch verwandter schienen ihm anfangs die rot-braunen Strömungen in Rußland zu sein. Zeitweise sah sich Belgrad als letzte Bastion des Kommunismus in Europa. Inzwischen treffen sich die Moskauer und Belgrader Führung auf einem mittleren Kurs, dadurch daß die russische Politik imperial-betonter und die serbische konzilianter wurde. Dennoch sieht sich das Milošević-Regime Sjuganow näher als der Politik Jelzins.

Bilanz der russischen Jugoslawienpolitik

Russisch-jugoslawische Putschpläne 1990/91

In der Sowjetunion gab es wie im Westen konkurrierende Auffassungen über den Umgang mit der jugoslawischen Krise. Gorbatschow schien die EG-Bemühungen um die Erhaltung der Integrität Jugoslawiens und Förderung des Reformprozesses zu unterstützen. Hoffnungen setzte man vor allem auf die Belgrader Bundesregierung des Wirtschaftsreformers Ante Marković, wobei man die Gegensätze zwischen nationalistischen, liberalen und restaurativen Strömungen im jugoslawischen Staatspräsidium und in den Einzelrepubliken unterschätzte. Während 1990/ 1991 der Westen mit der Wiedervereinigung Deutschlands, dem rasanten Umbruch in den Warschauer-Pakt-Staaten und darauf mit der Golf-Krise beschäftigt war, spitzte sich die Lage in Jugoslawien gefährlich zu. Nach dem Golf-Krieg wollte man der westlichen Öffentlichkeit nicht erneut eine Intervention zumuten; deshalb vertraute man im jugoslawischen Fall auf politische Vermittlung und wirtschaftlichen Druck. Es gab in den USA, der Sowjetunion und Jugoslawien Kreise, die an eine "chirurgische" Lösung dachten. Dem Westen lag daran, Jugoslawien um jeden Preis zu retten, restaurative Kreise in der Sowjetunion und Jugoslawien wollten dem von Gorbatschow ausgelösten "Spuk" ein Ende mit einem Schlag bereiten.

Bereits im Frühjahr 1990 wurden im Belgrader Verteidigungsministerium und in der Jugoslawischen Volksarmee JVA Putschpläne geschmiedet. Damals waren Veljko Kadijević und Branko Mamula dort die führenden Persönlichkeiten. Man wollte gegen Slovenien und Kroatien, aber auch gegen Milošević vorgehen. Die Ziele der Generalität waren unklar: Die einen wollten die alten Verhältnisse wiederherstellen, die anderen ein neues reformmiertes Jugoslawien nach Art von Ante Marković herstellen. Voraussetzung war jedoch eine

Zusammenarbeit mit der UdSSR. So wurden nach dem Bericht des kroatischen Generals Špegelj, der damals noch im Dienst der Jugoslawischen Volksarmee und dort über gute Informationsquellen verfügte, in Moskau Geheimgespräche zwischen hohen Militärs über Waffenlieferungen und gleichzeitige Staatsstreiche in Jugoslawien und der Sowjetunion geführt. Im Frühjahr 1991 traf sich Verteidigungsminister Kadijević mit Jasow, um die Modalitäten eines Putsches zur Rettung des Kommunismus abzusprechen. Die Dreierachse wurde vervollständigt durch die rumänische Gruppe mit General Nicolae Spiroiu an der Spitze, der gleichzeitig mit dem Pentagon in Verbindung stand. Auch mit einigen ungarischen Generälen wurde wegen eines gemeinsamen Vorgehens konferiert. Es ging damals nicht nur um Jugoslawien. Der gleichen Quelle zufolge sollten weitere Umstürze in ganz Osteuropa ausgelöst werden. Doch soll dann der damalige sowjetische Verteidigungsminister Jasow erklärt haben, er sei "aus politischen Gründen" auf einen solchen Schlag nicht vorbereitet. Daraufhin habe die Führung der JVA auf eigene Faust ihre Vorbereitungen zu einem Schlag gegen Slovenien und Kroatien vorangetrieben.[11]

Damals erhielt Jugoslawien bedeutende Mengen an Waffen, u.a. 20 MIGs-29, Raketen-Polygone, Radar-Ausrüstung, aber auch Erdöl. Die UdSSR half, den größten Teil von Ostdeutschlands Waffen ohne Probleme seitens des Westens nach Jugoslawien zu schaffen, um sie in Bosnien und in der Krajina zu verteilen. Moskau beruhigte den Westen mit der Behauptung, dies zur Erhaltung Jugoslawiens zu tun, die damals ja auch im Interesse Europas und Amerikas lag. Die finanziellen Transaktionen wurden über die beiden unter dem entscheidenden Einfluß von Milošević stehenden Banken erledigt, die Jugoslawisch-Französisch Bank in Paris und die Beobanka auf Zypern, die von der Milošević-Vertrauten Borka Vučić, geleitet wurde. Die Außenhandelsangelegenheiten wurden von der staatlichen Import-Export-Firma in Belgrad Inex abgewickelt, während die ganze Aktion von Miloševićs Bruder Borisav geleitet wurde. Da die Bundesregierung von Ante Marković den Staatshaushalt bestimmte und das Militärbudget drastisch beschnitt, plünderten die Putschisten ohne deren und der Nationalbank Wissen ca. 300 Mrd. Dinar (damals ca. 3 Mrd. Dollar) und leiteten das endgültige Ende des Staates ein, so daß weder IMF noch Weltbank oder der Präsident der USA Marković retten konnten. Zwar scheiterte der Staatsstreich in Belgrad nach den Demonstrationen vom 9. März 1991, so wie auch der Putschversuch in der Sowjetunion in einem Fiasko endete, aber die JVA führte dann den Umsturz mittels Krieg herbei, den sie zunächst in Slovenien, dann in Kroatien und Bosnien entfesselte.[12] Währenddessen suchte die offizielle Politik Rußlands, die Geschehnisse in Jugoslawien subtiler zu beeinflussen.

Schwierige russische Balancepolitik

Bereits Anfang 1991 äußerte die Sowjetregierung zusammen mit den Westmächten ihre tiefe Besorgnis über die Auflösungserscheinungen in Jugoslawien wegen der möglichen Rückwirkungen auf die UdSSR und andere Länder. Gorbatschow unterstützte die europäischen Bemü-

---

[11] Interview mit General Špegelj in Večernji list, 23.1.1994.

[12] Osteuropa-Archiv, 2/1994, A96-103.

hungen um eine Verhandlungslösung. Noch auf dem Gipfeltreffen in Moskau am 31. Juli 1991 verurteilten Bush und Gorbatschow die Gewalt in Jugoslawien, betonten aber gleichzeitig ihr Interesse an Wahrung der Integrität Jugoslawiens und Unverletzlichkeit der Grenzen. Im Herbst 1991 verurteilte die russische Regierung die serbische Militäraktion in Kroatien. Zudem war Jelzin nach dem mißglückten August-Putsch verärgert über die Unterstützung seiner Gegner durch Milošević. Auch folgte Rußland der Anerkennungspolitik der EU zu Beginn des Jahres 1992, wobei es aber noch an Jugoslawien als Völkerrechtssubjekt festhielt. Mit Ljubljana und Zagreb vereinbarte Außenminister Kosyrew die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, nicht jedoch mit Skopje mit Rücksicht auf Griechenland und die EG. Auf einer Reise durch Jugoslawien im Mai 1992 versuchte Außenminister Kosyrew vergeblich, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln, um unpopuläre Schritte zu vermeiden. Dabei stand er unter dem Druck der nationalkommunistischen Opposition, die ihm Servilität gegenüber dem Westen und Verrat am serbischen "Brudervolk" vorwarf.[13] Bis Mitte 1992 folgte Rußland weitgehend der westlichen Politik: Höhepunkt der Zusammenarbeit war die Zustimmung Rußlands zu den am 29. Mai 1992 verhängten Wirtschaftssanktionen, die Belgrad sich selbst zuzuschreiben habe.[14]

Unter dem wachsendem Druck der Öffentlichkeit gab die Regierung nur zögernd ihre Zustimmung zum Ausschluß Rest-Jugoslawiens aus der KSZE und zur Einfrierung der Beziehungen. Auch betrachtete sie die im April 1992 proklamierte "Bundesrepublik Jugoslawien" in der Nachfolge des alten Jugoslawiens, aus dem Serbien und Montenegro formell nie ausgetreten seien. Nach Verhängung der Handelssanktionen setzte Rußland Lieferung von Mineralöl und Gas fort. Um die russische Beteiligung an der UN-Friedensmission entzündete sich ein Streit zwischen dem Generalstab und dem Außenministerium, das ein verstärktes Engagement befürwortete. Die Diskussion um Jugoslawien erinnert an die Auseinandersetzungen während der Golf-Krise, nur daß jetzt die Kritik an der prowestlichen außenpolitischen Generallinie beinahe das gesamte politische Spektrum umfaßte, Vertreter des liberal-demokratischen Flügels eingeschlossen.[15]

Ab Sommer 1992 war die russische Führung im Hinblick auf die innenpolitische Stimmung bestrebt, ihre Außenpolitik gegenüber dem Westen unabhängiger erscheinen zu lassen, ohne sich diesem zu entfremden. Dabei wurde sie nicht bloß in Reaktion auf den " Shirinowskij-Effekt" in die "patriotische Wende" getrieben, sondern im Eigeninteresse als Mittel zur Profilierung auf der internationalen Bühne. Das russische Außenministerium suchte zwischen dem Westen und der Opposition eine Kompromißlinie, indem sie ihr Eintreten für serbische Belange hervorhob und sich gleichzeitig der westlichen Sanktionspolitik anschloß. So demonstrierte sie ihre patriotische Haltung durch regelmäßige Ablehnung jeglicher Militär-

---

[13] Olga Alexandrova, Rußland und die Jugoslawien-Krise, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 34/1992, 20.7. 1992.

[14] Hans-Joachim Hoppe, Der Jugoslawienkrieg und die internationale Politik, in: Zwischen Krise und Konsolidierung, Jahrbuch 1994/95, hrsg. v. BIOst, München/Wien 1995, S. 393-405.

[15] Dazu ausführlich Peter Bonin: Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, Untersuchungen aus der FKKS, Universität Mannheim, 6/1994.

intervention (auch Luftangiffe) und und Beschränkung der Bosnienpolitik auf Sanktionen und humanitäre Maßnahmen. Ihr Balanceakt wurde durch die mangelnde Bereitschaft des Westens, die Serben gewaltsam zu stoppen, erleichtert. Auch die USA schreckten im Hinblick auf Jelzins Stellung vor (den von ihnen geforderten) härteren Maßnahmen zurück. So gelang es der russischen Diplomatie, zusammen mit England und Frankreich, die wegen ständiger Mißachtung der UN-Resolutionen und Fortsetzung des Eroberungsfeldzugs in Bosnien angedrohte Militäraktion gegen Serbien zu hintertreiben und die von der Londoner Konferenz vom August 1992 vorgesehene Verschärfung der Sanktionen (bis April 1993) zu verzögern.

Für die Clinton-Administration hatte die Stützung Jelzins und das Einvernehmen mit Rußland und den westlichen Verbündeten noch mehr Vorrang als für seinen Vorgänger, was Rußlands Einfluß auf die westliche Politik wesentlich verstärkte. Nach Konsultationen mit den USA im Februar 1993 schloß Kosyrew abermals eine Militärintervention aus. Jelzin vermied einseitige Schuldzuweisungen und setzte sich vielmehr für eine Verschärfung des Waffenembargos gegen alle Kriegsparteien ein, was die Bosnier benachteiligen würde; außerdem stellte er Rest-Jugoslawien die Aufhebung der Sanktionen bei Beachtung des Vance-Owen-Plans in Aussicht und drohte Kroatien mit Sanktionen, falls es nicht die Kämpfe in der Krajina und in Bosnien einstellte. Die Militäraktionen der Kroaten und Bosnier ermöglichten es, nicht mehr ausschließlich die Serben für die Aggression verantwortlich zu machen. Auch bot Rußland erstmalig Truppen zur Überwachung des Friedensplans an. Wie sehr der Westen der inneren Situation Rußlands Rechnung trug, zeigt die Debatte über eine Verschärfung der Sanktionen gegen Restjugoslawien. Erst als die russische Führung im Referendum am 25. April 1993 eine Bestätigung erhalten hatte, wurde über die UN-Resolution abgestimmt; Moskau stimmte "aus Solidarität mit dem Westen" der Verschärfung zu. Im Mai 1993 gaben die USA Pläne einer Militärintervention wegen der Einwände Englands, Frankreichs und Rußlands auf. Gemeinsam mit den USA wurde Rußland zum Hauptverfechter einer Kantonisierung Bosniens. Ende Mai kamen die USA und Rußland überein, den Vance-Owen-Plan fallenzulassen und eine Teilung Bosniens zu befürworten, was eine Berücksichtigung der serbischen Eroberungen implizierte. Im Sommer 1993 wurde ein möglicher Militäreinsatz unter der Ägide der UN auf rein humanitäre Zwecke und den Schutz der Blauhelme beschränkt; am 29. Juni wurde der Antrag der USA (und fünf Blockfreien) auf Aufhebung des Waffenembargos gegen die Moslems im UN-Sicherheitsrat von Rußland, China, Großbritannien, Frankreich und Spanien abgelehnt mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Blauhelme. In Anlehnung an russische Forderungen boten die EG-Außenminister im November 1993 Serbien die Lockerung oder gar Aufhebung der Sanktionen gegen territoriale Zugeständnisse an. All diese Erfolge russischer Diplomatie dienten mit westlichem Zutun der Profilierung gegenüber der inneren Opposition und Einbindung der Gemäßigten. Dadurch trug die russische Politik dazu bei, ein entschiedeneres Vorgehen im Jugoslawienkrieg zu verhindern.[16]

---

[16] Allen Lynch, Reneo Lukič: Russian Foreign Policy and the Wars in the Former Yugoslavia, in: RFE/RL Research Report, vol. 2, No. 41, 15.10.1993, S. 25-32.

Trotz des für Jelzin günstigen Ausgangs im Machtkampf mit dem Parlament im Herbst 1993 blieb nach dem Wahlsieg von Shirinowskijs Ultranationalisten und den Kommunisten und kurz darauf von Miloševićs Sozialisten in Serbien im Dezember 1993 die russisch-serbische Konstellation bestehen. Wenn auch Außenminister Kosyrew unter Hinweis auf die maßgebliche Rolle des Präsidenten eine Änderung der Außenpolitik dementiert, kommt es doch zu schärferen Tönen: Parlamentarier fordern die Aufhebung der Sanktionen gegen Serbien, Spitzenpolitiker der Regierung und Opposition warnen vor Luftangriffen auf serbische Stellungen ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats. Erst das Massaker auf dem Marktplatz von Sarajevo am 6. Februar 1994 veranlaßte die russische Führung trotz großer Vorbehalte zum Einlenken und zur Tolerierung des NATO-Ultimatums. Die russische Vermittlung des serbischen Truppen- und Waffenrückzugs um Sarajevo ersparte dem Westen den äußersten Schritt von Luftangriffen und ermöglichte den bosnischen Serben die Gesichtswahrung. Mit dem Eintreffen russischer Blauhelme zur Überwachung des Rückzugs war Rußland erstmalig wieder mit Truppen in Jugoslawien vertreten. Spätere Luftangriffe der NATO ohne vorherige Konsultation führten zu einer Verstimmung Moskaus.

Ohne Beteiligung Rußlands wurde von Deutschland und den USA die Wiederannäherung von Kroaten und Moslems forciert, die zu einem Waffenstillstand und dem Washingtoner Abkommen im März 1994 über eine muslimisch-kroatische Föderation und deren Konföderation mit Kroatien führte. Als wichtig sollte sich das damit verbundene Verteidigungsbündnis erweisen, das im folgenden Jahr die Kriegslage entscheidend änderte. Die Föderation wurde von den Amerikanern als Teil einer Friedensregelung angepriesen. Obwohl Karadžić eine serbische Beteiligung ablehnte, zeigte sie auch den Serben die mögliche Option einer Reintegration in Bosnien unter Aufrechterhaltung ihres Staates und engen Beziehungen zum serbischen "Mutterland". Hiermit war der Dayton-Prozeß vorgezeichnet. Den Russen bot das Abkommen einen Ansatzpunkt, Druck auf die Serben auszuüben. Rußland verhalf den Serben zu einem "Sieg durch Rückzug". So wurde Sarajevo deblockiert und der Flughafen von Tuzla wiedereröffnet, weil in beiden Fällen Serben Stellungen räumten und die Russen die Kontrolle übernahmen. Identisch mit dem Westen waren die Russen an Frieden auf dem Balkan interessiert und wollten sich durch Einwirkung auf die Serben in ihrer Großmachtrolle bestätigen. Zugute kam ihnen ihr besseres Einfühlungsvermögen für die serbische Mentalität. Den Serben erleichterten sie Konzessionen und Gesichtswahrung, denn dem großen Bruder nachzugeben ist keine Schande.[17]

Rußland wurde wieder zu einem Ordnungsfaktor auf dem Balkan und von den verfeindeten Gruppierungen umworben. Es schaltete sich auch in die Vermittlung zwischen Zagreb und den Krajina-Serben ein und machte die vom Bosniendebakel abgelenkte Weltöffentlichkeit auf einen drohenden neuen Konflikt aufmerksam. Nach Konsultationen mit den USA forderte Jelzin im April 1994 ein Gipfeltreffen zur Einleitung energischer Schritte zur Lösung des Jugoslawienkonflikts. Um künftige Mißklänge zu vermeiden, wurden Rußland und die USA in die Kontaktgruppe für Bosnien und die Untergruppe für Kroatien eingebunden. Nach Ab-

[17] Wolf Oschlies, (Kon)Föderation – Bosnien-Hercegovina?, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 14/1994.

lehnung ihres Friedensplans im Juli 1994 durch die bosnischen Serben, drängte Rußland zur Annahme und forderte Belgrad auf, seinerseits auf Pale Druck auszuüben. Wohl nicht zuletzt auf russisches Betreiben hin brach Milošević am 4. August 1994 die Beziehungen zu den bosnischen Serben ab, um mit der Lockerung der Sanktionen honoriert zu werden. Rußland trug die Vorschläge der Kontaktgruppe für Bosnien (Gipfelkonferenz der Präsidenten Serbiens, Kroatiens und Bosniens) ebenso mit wie die Krajina-Lösung der Zagreber Gruppe. Im Rahmen der Rollenverteilung erwartete man gerade von Rußland, durch seinen Einfluß auf Belgrad zur Konfliktlösung beizutragen. Seine Art der Einwirkung auf die Serben hinterließ aber eher den Eindruck eines Paktierens mit Milošević.

Paradoxerweise erreichte die russische Führung in Ex-Jugoslawien einen Grad an Einfluß, der alles übertraf, was die Sowjetunion je hätte erreichen können. In der fünfköpfigen Kontaktgruppe hatte Rußland übergroßes Gewicht. Moskau erlangte mit Willen des Westens eine Art Veto über die internationale Politik gegenüber dem Jugoslawienkonflikt und bedeutenden Einfluß auf die strategischen Entscheidungen der NATO. Letztlich haben die USA und die westeuropäischen Verbündeten Rußland geradezu animiert, die Rolle einer Groß- und Ordnungsmacht an seiner Peripherie zu übernehmen und internationale Arrangements in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan mitzubestimmen. Die übermäßige Rücksichtnahme des Westens auf Rußland hatte die Konsensmöglichkeit weiter minimiert und zum damals erfolglosen Krisenmanagement beigetragen.[18]

Den Waffenstillstand zu Jahresbeginn 1995 nutzten die Kriegsparteien, um vor neuen Friedensverhandlungen weitere Fakten zu schaffen. Rußland suchte dabei die serbische Position durch ein im Februar 1995 geschlossenes Militärabkommen mit Restjugoslawien zu stärken, obwohl dessen Wirksamkeit bis zur Aufhebung der Sanktionen ausgesetzt wurde.[19]Auf die kroatische Militäraktion zur Rückgewinnung Westslavoniens Anfang Mai reagierten die Mächte mit heuchlerischen Protesten. Wegen der Gefährdung der Blauhelme drohte Frankreich mit dem Abzug seiner UN-Soldaten, falls die Kämpfe nicht eingestellt würden. Rußland schloß sich dieser Drohung an.

Trotz des wachsenden Drucks auf Sarajevo, Geiselnahme von UN-Soldaten und serbischer Angriffe gegen die Schutzzonen Srebrenica und Zepa wandte sich die russische Führung strikt gegen jegliche Militärintervention (auch zur Luft) und eine "unabhängige Rolle der NATO", da dies würde Rußlands Rolle schmälern und gegenüber den Serben und der eigenen Öffentlichkeit desavouieren würde. Angesichts der Eskalation der Kämpfe um Sarajevo bot Kosyrew eine Verstärkung der russischen Blauhelme an. Bei der Abstimmung des UN-Sicherheitsrat am 16. Juni zur Bildung einer europäischen "Schnellen Eingreiftruppe" zum Schutz der 22.000 Blauhelme unter UN-Kommando enthielt sich Rußland (zusammen mit China) der Stimme. Als NATO-Luftangriffe am 11. Juli die Einnahme von Srebrenica und Massaker an seinen Bewohnern nicht verhinderten, bezeichnete das Außenministerium die Aktionen als sinnlos. Die Duma beschloß am Tag darauf sogar eine Resolution, in der sie die

---

[18] Allen Lynch, Politics Without Government, in: Transition, The Year in Review: 1994 Part II, 15.2.1995, 2-4.

[19] Borba, 28.2.1995.

einseitige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Restjugoslawien forderte, verurteilte die Luftangriffe und der NATO einseitige Parteinahme für eine Seite vor warf. Der Mißerfolg der NATO-Aktion kam der Linie Kosyrews entgegen, daß jede Intervention von außen die Lage erschwere und eine Verhandlungslösung behindere. Nach dem Treffen der Kontaktgruppe am 21. Juli rühmten sich Kosyrew und Gratschow, einen Luftkrieg gegen die bosnischen Serben und eine Intervention zur Sicherung der verbliebenen Schutzzonen verhindert zu haben. Amerikaner, Europäer und Russen konnten sich nicht auf Maßnahmen zur Verhinderung serbischer Angriffe auf UN-Schutzzonen in Ostbosnien einigen. Trotz Warnungen Kosyrews wurde die Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe forciert.[20]

Schwindender russischer Einfluß

Die Rückeroberung der Krajina durch die kroatische Offensive Anfang August 1995 veränderte die strategische Situation schlagartig. Der Fall der Krajina eliminierte das dortige Serben-Problem und schwächte zugleich die Position der bosnischen Serben. Rußland, dem bisher wegen seiner engen Verbindung zu den Serben eine Schlüsselrolle in den Friedensverhandlungen zugewiesen worden war, wurde beinahe nicht mehr gebraucht. Rußland warf dem Westen vor, den Kroaten grünes Licht gegeben zu haben. Doch verurteilten nicht alle Russen die kroatische Aktion, dazu hätten sie nach Meinung der Jabloko-Fraktion kein Recht, da Rußland ja selbst gegen Separatisten in Tschetschenien Krieg führe.[21] Wie beim Friedensprozeß im Nahen Osten drohte Rußland auch auf dem Balkan nur eine zweitrangige Rolle zu spielen. Ein Übergewicht der USA und der NATO bei der Friedensregelung in Bosnien würde auch Rußlands Position in der Fragen der NATO-Osterweiterung und der Revision des Vertrags über die konventionellen Truppen schwächen.

Um einem diplomatischen Abseits und Kritik zuvorzukommen, lud er die Präsidenten Kroatiens und Serbiens für den 10. August zu Friedensgesprächen nach Moskau. Zuerst reagierten beide positiv, das Treffen war auf den 10. August angesetzt, doch zog Tudjman offenbar wegen amerikanischer und eigener Bedenken seine Zusage zurück, da der bosnische Präsident Izetbegović nicht eingeladen worden sei. Bei seinem Treffen mit Milošević am 11. August nahm Jelzin offen Partei für die Serben, lobte Miloševićs Friedensbereitschaft, kritisierte das kroatische Vorgehen und drohte mit einseitiger Aufhebung der Sanktionen. Während die Nationalisten u.a. Sanktionen gegen Kroatien als Strafe für den "Genozid an den Krajina-Serben" forderten[22], kritisierten die Liberalen die russische Unterstützung der Serben und erinnerten an das Massaker von Srebrenica. Jelzins Treffen mit Milošević isolierte ihn von den anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe. Präsident Clinton sandte indessen seinen Sicherheitsberater Anthony Lake auf eine Reise durch die europäischen Hauptstädte, um eine gemeinsame Linie auszuarbeiten, wobei Rußland erst später einbezogen wurde.

---

[20] Scott Parrish, Twisting in the Wind: Russia and the Yugoslav Conflict, in: Transition, 20, 3.11.1995, S. 28-31, 71.

[21] NTV, 9.8.1995.

[22] Žirinovskij drohte sogar mit der Intervention der russischen Armee, in: AFP, 6.8.1995.

Eines neues Massaker auf dem Marktplatz in Sarajevo am 28. August nahm die NATO zum Anlaß für die Aufnahme von Luftangriffen am 30. August, ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats und damit Rußlands abzuwarten. Ziel war es, den Belagerungsrings um Sarajevo zu durchbrechen sowie die Serben wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Noch während der Luftangriffe begann der amerikanische Sondergesandte Richard Holbrooke sein Vermittlungsaktion. Jelzin warf der NATO Eigenmächtigkeit vor und drohte mit einseitigen Schritten zum Schutz der Serben. Die Luftangriffe zeigten, wozu die NATO bei einer Osterweiterung noch fähig sei.[23] Die Duma forderte sogar die Aufkündigung der der NATO-Partnerschaft für den Frieden sowie die Ablösung von Außenminister Kosyrew wegen des "Balkan-Debakels". Viele Liberale hingegen boykottierten die Sitzung und bezeichneten diese als Wahlkampfgetöse. Die Kontroverse schien zeitweise die Verhandlungen mit dem Westen über Sicherheitsfragen zu gefährden. Jelzin billigte zwar humanitäre Hilfe für Restjugoslawien, legte aber gegen die problematischen Beschlüsse der Duma wie die Aufhebung der Sanktionen gegen die Serben sein Veto ein. Vor einem ähnlichen Dilemma stand Clinton, der die vom Kongreß geforderte Aufhebung des Waffenembargos gegen die bosnischen Moslems ablehnte. Die russische Rhetorik schien auch eher ablenkende Funktion zu haben, denn im Hintergrund wirkten russische Diplomaten am amerikanischen Friedensplan mit, dessen Rahmenabkommen am 8. und 26. September von Unterhändlern der Kroaten, Bosnier und Serben unterzeichnet wurde. Die Luftangriffe wurden am 14. September nach Annahme der NATO-Bedingungen durch die bosnischen Serben eingestellt. Die russische Polemik gegen die NATO-Operation belastete die Beziehungen zur Allianz und gab den osteuropäischen Ländern weitere Argumente, sich verstärkt um den Beitritt zur NATO zu bemühen. In Rußland wiederum wuchs der Widerstand gegen eine NATO-Osterweiterung.[24]

Durch die aktivere westliche Politik, die eine Regelung des Jugoslawienkonflikts erzwingen sollte, wurde Rußlands Rolle in Bosnien geschwächt. Rußland war allenfalls ein Juniorpartner bei den Verhandlungen zum Dayton-Abkommen. Bis zum Sommer 1995 nahmen viele an, daß Rußland wegen seiner Verbindungen zu Serbien eine bedeutende Rolle bei der Jugoslawien-Regelung spielen würde. Doch diese Annahme erwies sich als haltlos, als Rußland nicht in der Lage war, die Anfang August beginnenden NATO-Luftangriffe zu stoppen. Von da an war die "Moskauer Connection" für Verhandlungen mit den Serben nicht mehr nötig; vielmehr waren die Serben gezwungen, direkt mit der NATO zu verhandeln. Um Jelzins Stellung nicht durch öffentliche Erniedrigung zu unterminieren, gaben die westlichen Mitglieder der Kontaktgruppe dem russischen Ersten Vizeaußenminister Igor Iwanow eine sichtbare Rolle bei den Verhandlungen nach den Luftangriffen. Doch wirkte sie blaß neben dem amerikanischen Unterhändler Richard Holbrooke.

Nach dem Scheitern des Versuchs, die NATO-Luftangriffe, die die Serben an den Verhandlungstisch zwangen, zu verhindern, kam Moskau wahrscheinlich zu der Erkenntnis, daß der

---

[23] Rossijskaja gazeta, 8.9.1995; ITAR-TASS, 8.9.1995.

[24] Scott Parrish, Twisting in the Wind, s.o.

einzige Weg, einigen Einfluß in der Region zu behalten, die Zusammenarbeit bei der Umsetzung des von den USA und den anderen Mitgliedern der internationalen Kontaktgruppe entworfenen Abkommens ist. Unfähig, den Westen am Abkommen selbst zu hindern, zielte Moskaus Politik nun darauf, wenigstens die Details der Dayton-Regelung zu beeinflussen. Moskaus Bemühungen um einen unabhängigen Standpunkt haben den Prozeß der Umsetzung des Dayton-Abkommens eher kompliziert. Während es offiziell die volle Umsetzung unterstützt, läßt die Praxis Rußland als Patron der bosnischen Serben und des Milošević-Regimes erscheinen. Dies ermutigte die Serben zu einer gewissen Unnachgiebigkeit.[25]

Rußland spielte eine wichtige Rolle in einigen Schlüsselfragen bei den Verhandlungen, als Moskau einwilligte, die Gaslieferungen nach Sarajevo wiederaufzunehmen als Teil eines Pakets zur Erreichung der Feuereinstellung. Jelzin beanspruchte sogar das Verdienst um den Waffenstillstand.[26] Hoffnungen, daß der Deal Moskau erlauben würde, die Rolle eines "ehrlichen Maklers" zu spielen, schwanden schnell, doch, als die Inkraftsetzung des Waffenstillstandes verschoben wurde, u.a. wegen der Verzögerungen bei der Wiedereraufnahme der Gaslieferung, beschuldigten sich russische und bosnische Vertreter gegenseitig des bösen Willens.[27]

Als die Friedensgespäche Fortschritte zeigten, forderte Moskau eine unabhängige Rolle in der Friedenstruppe für Bosnien. Seine schwache Position zwangen es, die vom Westen gewünschte NATO-geführte Truppe zu akzeptieren, doch die Verhandlungen über eine russische Teilnahme an der Friedenstruppe zogen sich bis zum November hin. Washington wünschte eine Beteiligung Rußlands, um den Serben, Moslems und Kroaten eine gemeinsame internationale Front zu präsentieren und Jelzin vor zu großem innenpolitischen Schaden zu bewahren. Nicht zuletzt auch um die militärische Effektivität der Friedensoperation gefährden, bestand Washington auf der NATO-Führung. Rußland jedoch weigerte sich, seine Truppen unter NATO-Kommando zu stellen, da sonst sein internationaler Status gemindert würde. Solch ein Schritt würde auch das Ansehen der NATO in Osteuropa stärken und Moskaus Kampagne gegen eine NATO-Osterweiterung unterminieren. Als schließlich die Amerikaner verärgert drohten, die Aktion ohne Rußland durchzuführen, stimmte Verteidigungsminister Pawel Gratschow einem Kompromiß vom 8. November zu.[28] Eine russische Brigade sollte an der IFOR teilnehmen, jedoch nicht direktem NATO-Kommando, sondern einem amerikanischen General als Kommandeur der IFOR unterstellt sein. Dieser sollte dem russischen Kontingent über den russischen Generaloberst Leontij Schewzow, der als sein Stellvertreter rangiert, Befehle erteilen.[29]Moskau wollte so seinen Status als "gleicher" Partner bei der Operation bewahren. Doch da der US-General und IFOR-Kommandeur zugleich an der Spitze der NATO-Streitkräfte in Europa steht, ist die Unterscheidung zwischen amerikanischem und NATO-General, wie russische Kommenta-

---

[25] Scott Parrish, Russia's Marginal Role, in: Transition, 14, 12.7.1996, S. 21-24.

[26] ITAR-TASS, 5.10.1995.

[27] AFP, 11.10.1995.

[28] AFP, 8.11.1995.

[29] NTV, Segodnja, 8.11.1995.

toren vermerkten, semantisch. Die Izvestija z.B. bezeichnete die Übereinkunft sarkastisch "Operation Fig Leaf", da sie Rußlands Unterwerfung unter NATO-Bedingungen kaum verhüllen könne.[30]

Auch bei den Dayton-Verhandlungen stellten die russischen Vertreter fälschlicherweise ihre eigene geringe Rolle als großen Erfolg hin. Nach Unterzeichnung des Abkommens von Dayton am 21. November 1995 schrieb Jelzin diesen "großen Schritt" den Bemühungen Rußlands und der gesamten Kontaktgruppe, der OSZE, der UN und anderen Organisationen, ohne die NATO zu erwähnen. Nach seiner Rückkehr aus Dayton lobte Iwanow Rußlands Rolle bei den Verhandlungen, dessen Vorstellungen in dem Abkommen berücksichtigt worden seien. Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Restjugoslawien wurde ebenfalls dem hartnäckigen Drängen Rußlands zugeschrieben.[31] Demgegenüber kritisierte Kommunistenführer Gennadij Sjuganow am Abkommen nicht nur Rußlands marginale Rolle, sondern sogar Verdrängung aus dem Balkan. Andere Kommentatoren warfen Jelzin Verrat am serbischen Brudervolk vor. Das Abkommen bedeute einen Sieg für die Vereinigten Staaten und bekräftige "deren führende Rolle in der gegenwärtigen Welt".[32]

Die öffentliche Kritik beinflußte weder die Duma-Wahlen vom Dezember 1995 noch die Kampagne vor den Präsidentenwahlen im Juni 1996 wesentlich. Auch wurde durch die entschlossene westliche Politik gegenüber Jugoslawien Jelzins Stellung nicht unterminiert. Dennoch blieben Differenzen zwischen Moskau und seinen westlichen Partnern beim Friedensprozeß bestehen. Bei der Umsetzung von Dayton zeigte sich die Jelzin-Führung kooperationsbereit. Differenzen mit dem Westen bestanden vor allem in der Frage einer dauerhaften Lösung des Konflikts in Bosnien, in der Frage des Umgangs mit den Kriegsverbrechern sowie beim Aufbau eines stabilen militärischen Gleichgewichts in der Region. Auch war Moskau über westliche Schritte verärgert, die Rußlands Image als gleichberechtigter Partner unterminierten. Doch obwohl Moskaus Standpunkt manchmal die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um Geschlossenheit erschwerte, hatten seine Einwände kaum Einfluß auf die Haltung der USA und der westlichen Verbündeten.

So kam es im Februar 1996 zum Disput mit den USA über die Frage, ob die bosnischen Serben die Bedingungen für eine Aufhebung der Sanktionen erfüllt haben. Doch Jelzins Versuch, mit dem vorzeitigen Rückzug aus den UN-Sanktionen (am 23. Februar) Rußlands unabhängige Rolle zu demonstrieren, erschien vielmehr lächerlich, da kaum vier Tage später der UN-Sicherheitsrat formell die Sanktionen aufhob.[33]

Der Streit um die Rechtmäßigkeit der Verhaftung serbischer Offiziere durch die bosnischen Behörden Ende Januar 1996 wurde durch einen von den USA vermittelten Kompromiß gelöst.[34]Auch im Streit um die Behandlung von Radovan Karadžić und Ratko Mladić fand die

---

[30] Izevstija, 11.11.1995.

[31] ITAR-TASS, 21. u. 29.11.1995; Interfax, 23.11.1995.

[32] Reuters, 22.11.1995; Izvestija, 23.11.1995; Krasnaja Zvezda, 25.11.1995, S. 2.

[33] AFP, 12.2.1996; ITAR-TASS, 13.2.1996; Interfax, 23.2.1996.

[34] Ėcho Moskvy, 13.2.1996.

russische Sicht wenig Beachtung. IFOR und NATO wurden heftig kritisiert, weil es ihnen nicht gelang, die beiden festzunehmen, inzwischen zielte die westliche Politik auf deren Isolation und Ausgrenzung, was mit Karadžić im Juli und mit Mladić im Dezember 1996 gelang. Russische Vertreter hatten dagegen vor ihrer Ausgrenzung aus dem Friedensprozeß gewarnt und geraten, die beiden zu den Wahlen in Bosnien im September zuzulassen.[35] Auch bezweifelte Moskau die Unparteilichkeit des Haager Gerichtshofs und das Außenministerium beschuldigte ihn, gegenüber den bosnischen Serben voreingenommen zu sein. Doch ungeachtet der Moskauer Einwände arbeitet das Haager Tribunal weiter und untersucht inzwischen auch schon Vorwürfe gegen Moslems und Kroaten. Sollten NATO und IFOR endlich die Verhaftung von Karadžić und Mladić beschließen, wird Moskau kaum etwas dagegen unternehmen können. Die zögernde Haltung der IFOR in dieser Frage beruht jedenfalls nicht auf Rücksichten gegenüber Moskau.[36]

Rußland differiert auch mit den USA und den anderen Westmächten in der Frage der Herstellung eines stabilen Sicherheitssystems für Ex-Jugoslawien. Der Dissens zeigte sich 1995 in Moskaus Widerstand gegen die Aufhebung des Waffenembargos gegen Ex-Jugoslawien. Im März 1996 lehnte Rußland eine Teilnahme an der Konferenz in Ankara zur Aufrüstung der muslimisch-kroatische Föderation ab. Wie auch einige EU-Länder äußerte Moskau gegenüber dem amerikanischen Konzept, durch Herstellung eines Rüstungsgleichgewichts den Frieden zu sichern.[37] Nach Aufhebung des Waffenembargos allerdings ermöglichte Jelzin per Dekret russische Waffenlieferungen an die alle jugoslawischen Nachfolgestaaten erlaubt, wobei Restjugoslawien durch ein Militärabkommen von Moskau bevorzugt wird.[38]

Nach Jelzins Wiederwahl im Juni 1996 änderte sich an der beschriebenen Grundkonstellation nichts. Wohl wird das russische Eigeninteresse in Ex-Jugoslawien in schärferen Tönen vorgetragen. Russische Versuche, westliche Initiativen zu blockieren, haben nur Chancen, wenn die die in sich uneinigen Westmächte davon Gebrauch machen. Der Disput um die NATO-Osterweiterung wird auf die Jugoslawien-Politik nicht ohne Folgen bleiben. Sollte Rußland eine stärkere Beteiligung an den NATO-Strukturen eingeräumt werden, so würde sein Einfluß auf die Entscheidungen im ex-jugoslawischen Raum wieder zunehmen. Während erhebliche Differenzen über die künftige Ordnung in Ex-Jugoslawien und im Balkan-Raum fortbestehen, wird die praktische Zusammenarbeit im Rahmen der IFOR weitgehend positiv beurteilt.

Das russische Kontingent in Kroatien und Bosnien

Russische Blauhelme und Söldner in Ex-Jugoslawien

Die ersten Russen, die in den Jugoslawien-Konflikt eingriffen, waren Freiwillige und Söldner, meist vermittelt von patriotischen Verbänden und rechten Parteien. Ihre Zahl wird auf wenige

---

[35] Interfax, 15.3.1996.

[36] ITAR-TASS, 19.3. u. 26.4.1996.

[37] ITAR-TASS, 11.3.1996.

[38] ITAR-TASS, 12.3.1996.

hundert bis mehrere tausend geschätzt. Es war ein bunter Haufen, der zur Unterstützung der bosnischen Serben in den Kampf zog – Idealisten, Abenteurer, verkrachte Existenzen und Söldner. Die meisten stellten sich aus politischen Gründen den angeblich blutsverwandten orthodoxen Serben zur Verfügung; es gab aber auch russische Soldaten, die keine Skrupel kannten und die besser bezahlende kroatische Seite wählten.[39] Der Einsatz von Freiwilligen in Jugoslawien brachte die russische Regierung gegenüber dem Westen in eine gewisse Verlegenheit; während sie offiziell die UN-Mission mit eigenen Blauhelmen unterstützte und sich zur Einhaltung der Sanktionen und des Waffenembargos gegen Jugoslawien verpflichtete, ließ sie gleichzeitig zu, daß russische Scharfschützen auf Kroaten und Moslems schossen. Dieses Kuriosum resultierte nicht zuletzt aus dem neuen "Pluralismus" konkurrierender Organisationen und Gewalten in Rußland.[40]

Was Jugoslawiens Führer Josip Broz Tito einst strikt vermied – nämlich die Festsetzung russischer Truppen auf jugoslawischem Boden, das hat der Westen geradezu forciert. Es heißt, aus höheren Überlegungen – zur Einbindung Rußlands, Hebung seiner weltpolitischen Rolle und als Testfall der strategischen Partnerschaft mit der NATO. Die Präsenz russischer Truppen in Bosnien und Ostslawonien erleichterte keineswegs die Lösung der Probleme vor Ort. Schon die russischen Blauhelme riefen durch Schiebereien, Korruption und proserbische Sentiments Komplikationen hervor. Ihre jetzige Stationierung innerhalb der UNTAES ausgerechnet am Schlachtort Vukovar und in der IFOR nahe dem Posavina-Korridor rief deshalb einige Skepsis hervor, obwohl die nur wenige Tausend zählenden Russen vorsorglich in Ostslawonien belgischem Kommando und in Nordbosnien US-Kommando unterstellt sind.

Für die Friedenstruppen der UN in Bosnien und Kroatien stellte Rußland ca. 1.500 Mann von 38.000 Blauhelmen zur Verfügung. Die ersten russischen Truppen, ein Luftlandebataillon (900 Mann), wuden im März 1992 in der damals noch serbisch besetzten Krajina stationiert. Seit April 1992 war ein russisches UN-Bataillon (900 Mann) in Kroatien stationiert. Die Entsendung eines weiteren Bataillons lehnte der Generalstab mit der Begründung ab, die russischen Soldaten nicht mit Waffengewalt gegen serbische Brüder vorgehen zu lassen. Erst zwei Jahre später im März 1994 wurde ein weiteres Bataillon nach Sarajevo verlegt, wo es eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen um Feuereinstellung der Serben spielte.[41] Im Rahmen der UNPROFOR waren die Russen später an zwei sensiblen Stellen stationiert, nämlich in Sarajevo und in Ostslawonien in der Umgebung des Flughafens Klisa. Darüberhinaus waren von den GUS-Ländern nur noch die Ukrainer vertreten – in den UN-Schutzonen Žepa und Goražde, in Sarajevo sowie in der Krajina, in Glina. Das in Sarajevo stationierte russische Kontingent sollte wegen Auslaufen des UN-Mandats am 15. Januar 1996 zurück nach Rußland oder nach Ostslavonien verlegt werden.[42]

---

[39] Times, 2.3.1993.

[40] Literaturnaja Rossija, 26.2.1993.

[41] Insgesamt stellte Rußland ca. 16.000 Mann für Peacekeeping im GUS-Bereich sowie in Ex-Jugoslawien. Siehe MJ Orr, The Russian Army and Peacekeeping, Conflict Studies Research Centre, RMA Sandhurst, A97, June 1994.

[42] Borba, 11.1.1996, S. 4.

Die russische Truppe in Ostslavonien

Nachdem sich Serben und Kroaten im Abkommen von Erdut am 12. November 1995 – am Rande der Verhandlungen in Dayton – auf die Reintegration Ostslawoniens zu Kroatien geeinigt hatten, wurde der UN-Auftrag qualifiziert: Eine 5.000 Mann-Truppe mit NATO-Luftunterstützung UNTAES und dem Recht zum Waffengebrauch sollte den friedlichen Übergang des serbisch besetzten Gebietes unter kroatische Verwaltung gewährleisten. Die USA, Großbritannien und Frankreich lehnten eine Entsendung von Truppen ab. Rußland hingegen, das bisher 950 Blauhelme unter dem alten UN-Mandat in Ostslawonien gestellt hatte, sollte seinen Anteil am Friedenskontingent erhöhen. Allerdings mußte dazu die Finanzierungsfrage geklärt werden.[43] Die Russen in Ostslawonien unterstehen belgischem Oberbefehl. Kommandeur der UN-Truppe ist der belgische General Joseph Skoupes mit Sitz in Vukovar. Dem zivilen Teil der Operation steht der US-Diplomat Jacques Klein vor. Das russisch-belgische Bataillon steht an der Trennlinie zwischen Kroaten und Serben. Der belgische Verteidigungsminister warnt vor einem Abzug der IFOR, der das Ende der UN-Mission in Slawonien bedeute, da für deren Auftrag die NATO-Luftunterstützung unerläßlich sei.[44] Für die Russen ist dies eine neue Bewährungsprobe, denn ihre bisher dort stationierten Blauhelme brachten sich durch Waffenschmuggel und Begünstigung der Serben in Mißkredit. Besonders eklatant war der Fall des russischen Kommandeurs des Sektors Ost (Slawonien), General Aleksandr Pereljakin, der wegen seiner dubiosen Machenschaften vorzeitig abgelöst werden mußte.[45]

Bisher haben sich Befürchtungen noch nicht bewahrheitet, daß die Russen mit ihren offenkundlich proserbischen Neigungen die Reintegration Ostslawoniens hintertreiben. Dazu ist das russische Kontingent zu klein. Dennoch drohte Kroatien nicht nur im Hinblick auf die Russen im Falle des Scheiterns vorsorglich mit einer gewaltsamen Wiedereingliederung des Gebiets. Probleme in Ostslawonien würden außerdem negative Rückwirkungen auf die Umsetzung des Dayton-Abkommens in Bosnien haben.[46] Inzwischen wurde das Mandat für UNTAES, nicht zuletzt wegen der Verschiebung der Regionalwahlen, bis Juli 1997 verlängert. Damit werden auch die russischen Truppen dort weiter stationiert bleiben. Zugleich unterstützte die russische Diplomatie, die serbischen Forderungen nach weitgehender Autonomie und einer Mandatsverlängerung bis Januar 1998.[47]

Das russische Kontingent in Bosnien

Während die Entsendung des russischen Kontingents zur UN-Mission in Ostslavonien problemlos vor sich ging, mußte zur Beteiligung Rußlands an der NATO-Friedenstruppe für Bos-

---

[43] Borba, 14.12.1995, S. 2; OMRI Daily Digest, No. 6, Part I, 9.1.1996.

[44] Borba, 24.-25.2.1996; Politika, 4.4.1996, S. 7.

[45] Nova Makedonija, 14.4.1995, ausführlich Nedjeljna Dalmacija, 5.5.1995, S. 9.

[46] Patrick Moore, OMRI Daily Digest, No. 6, Part II, 9.1.1996.

[47] Slobodna Dalmacija, 20.9.1996; Vesti, 17.11.1996, S. 7.

nien IFOR auf dessen Prestigewünsche eingegangen werde. Es erschien in Moskau außerdem undenkbar, seine Truppen plötzlich dem "Erzfeind" zu unterstellen.

Nach der zwischen den Verteidigungsminister Perry und Gratschow am 27. Oktober 1995 in Washington ausgehandelten Vereinbarung werden auch die russischen Truppen dem Leiter des Bosnien-Einsatzes General George Joulwan unterstellt, aber nicht in seiner Eigenschaft als NATO-Oberbefehlshaber, sondern als US-General. Ihm ist Generaloberst Leontij Schewzow als Stellvertreter zugeordnet mit der besonderen Zuständigkeit für den russischen Einsatz in Bosnien. Der schon zuvor mit schwierigen Aufgaben betraute General (Truppenabzug aus Deutschland, dann Tschetschenien) schien auch für die Mission in Brüssel der richtige Mann zu sein.[48] Die NATO verpflichtet sich, Rußland zu den Entscheidungen hinzuzuziehen, die den Einsatz seiner Soldaten in der Bosnien-Friedenstruppe betreffen. Dafür wurde ein besonderes Konsultativorgan, das sogenannte "12-plus-1-Gremium" geschaffen, dem Vertreter Rußlands sowie der 16 NATO-Länder angehören. Ein Vetorecht wird Rußland nicht eingeräumt. Wohl erhält Rußland eine Stimmrecht bei der politischen Kontrolle über den Bosnien-Einsatz. Im Fall des Dissenses kann Rußland sich aus den Operationen zurückziehen. Der russische Botschafter bei der NATO, Witalij Tschurkin, wurde zugleich zu Moskaus Verbindungsmann zum Nordatlantikrat, dem politischen Entscheidungsgremium der NATO, ernannt.[49]

Trotz der Kritik an der ausgehandelten Kommandostruktur und Rußlands "minderrangiger" Rolle in der IFOR konnte Jelzins Administration den Föderationsrat, der für den Einsatz russischer Truppen im Ausland zuständig ist, relativ leicht zur Billigung der Stationierung überreden, die nach Vizeaußenminister Nikolaj Afanasjewskij Rußlands Prestige als Großmacht förderlich sei, während General Schewzow warnte, ohne Teilnahme Rußlands an der IFOR: werde "alles in Europa ohne uns gemacht werden".[50] Daraufhin billigte der Föderationsrat den Einsatz in seiner Sitzung am 5. Januar 1996 fast einstimmig. Die Stationierungskosten wurden für ein Jahr auf 20-40 Mill. Dollar geschätzt, die die Regierung (im Unterschied zum UN-Einsatz) selbst tragen muß. Die Soldaten können mit einem Sold von 800 Dollar, die Offiziere von 1.200 Dollar rechnen. Die Entsendung einer stärkeren Truppe könne sich Rußland nicht leisten.[51]Außerdem stellt es mindestens 100 Mann für die 1.500 Mann umfassende internationale UN-Zivilpolizei in Bosnien.[52]

Die russische Teilnahme an der Friedenstruppe in Bosnien würdigte NATO-Generalsekretär Javier Solana als wichtigen Test für Rußlands Kooperation mit der NATO. Es sei die erste konkrete gemeinsame Aktion mit NATO-Streitkräften. Ihr Erfolg oder Mißerfolg werde auf

---

48 Biographisches auch bei Harald Kießlich-Köcher, Die Streitkräfte der Russischen Föderation, Personalia führender Militärs, Teil 2, DSS-Arbeitspapiere, Heft 19, Dresden 1995, S. 64.

49 FAZ, 30.11.1995; OMRI Daily Digest, No. 231, Part I, 29.11.1995.

50 Borba, 6.-7.1.1996, S. 2.

51 Oleg Blockij, Finansovaja storona mirotvorčeskoj operacii, in: Nezavisimaja gazeta, 24.1.1996, S. 2.

52 Izvestija, 5.1.1996, S. 3; Interfax, 5.1.1996.

das künftige Verhältnis zwischen Rußland und der NATO nicht ohne Wirkung bleiben.[53] Um die Kooperation auch nach Beendigung der IFOR-Mission fortzusetzen, wird ein Rußland-NATO Korps als ständige Eingreiftruppe empfohlen.[54]

Die russischen Offiziere werden wie die der anderen IFOR-Kontingente für ihren Einsatz im Marshall-Zentrum in Garmisch-Partenkirchen geschult, das früher bei den Sowjets als Spionage-Drehscheibe verpönt war. In Vincenza nehmen sie an der Koordination Militärtransporte für Bosnien teil. Es ist die erste gemeinsame russisch-amerikanische Operation seit dem Zweiten Weltkrieg. Damals, so erinnert man sich, trafen sich Amerikaner und Russen an der Elbe, jetzt stehen sie gemeinsam an der Drina. Mit der jetzigen Operation "Joint Endeavour" soll die neue strategische Partnerschaft geübt werden. Die Präsenz Rußlands mit 1600 Mann ist gegenüber 25.000 Amerikanern in der 60.000 Mann starken IFOR-Truppe und allein 25.000 Amerikanern zwar nur symbolisch, doch werde der Krieg nach Ansicht von Kommentatoren nicht durch Kampfstärke, sondern die Interessen der führenden Mächte entschieden.[55]

Ursprünglich sollte das russische Kontingent am strategisch wichtigen Posavina-Korridor eingesetzt werden, der die serbischen Gebiete in Ost- und Westbosnien miteinander verbindet und den Übergang von Norbosnien nach Kroatien kontrolliert. Dies hatte jedenfalls General Schewzow im November 1995 angekündigt.[56] Und das wollten auch die Serben so. Die Stationierung ausgerechnet an dieser Stelle hätte den Russen eine Schlüsselposition und die erwünschte internationale Beachtung gesichert. Ein russisches Vorauskommando hatte auch bereits das Terrain erkundet und der Stab wollte sich am Hauptort Brčko einquartieren. Doch das IFOR-Kommando änderte plötzlich seine Entscheidung, das Gelände sollte zunächst freie Zone bleiben, bis dort die Erste Brigade der Ersten Panzerdivision der US-Armee stationiert wurden. Für die Serben war diese zunächst ein Schock, die Russen erschienen ihnen als Garantie dafür, daß der Korridor bei dem vorgesehenen Schiedsspruch ihnen zugesprochen würde. Die Einsatzänderung wurde offenbar von General Schewzow akzeptiert, weswegen ihm von Russen und Serben schwere Verwürfe gemacht wurden. Die Verlegung in eine Randzone bei Tuzla. mache ihre Teilnahme an der Operation als "witzlos" und "dekorativ".[57] Die Serben bezeichneten das Nachgeben Moskaus als "letzten Verrat Rußlands".[58]

Darauf kam es zu einem weiteren Eklat. Für Verwirrung unter den Amerikanern sorgte das unerwartete Erscheinen von Generalmajor Nikolaj Staskov, dem Vizekommandeur der Luftlandetruppen, das über die vereinbarte Kommandostruktur hinausging. Ein Vorauskommando unter seiner Leitung besuchte Bosnien am 20. Dezember 1995 und traf sich mit dem Kom-

---

53 Interview mit Solana, in: International Herald Tribune, 19.2.1996, S. 8; Nicholas Williams, The Future of Partnership For Peace, Arbeitspapier, Konrad-Adenauer-Stiftung, April 1996, S. 21-23.

54 Interview mit General Schewzow in Krasnaja Zvezda, 14.11.1995.

55 Marija Dement'eva, Michail Leont'ev, Leonid Kostrov, Vstreča na Drine, in: Segodnja, 23.2.1996, S. 5.

56 OMRI Daily Digest, No. 228, Part I, 22.11.1995.

57 Marija Dement'eva, Michail Leont'ev, Koridornyj vopros generala Ševcova, in: Segodnja, 13.3.1996, S. 2.

58 ITAR-TASS, 12.12.1995.

mandeur der bosnisch-serbischen Truppen, General Ratko Mladić, angeblich um eine reibungslose Stationierung der russischen Friedenstruppe zu sichern. Sein Vorgehen brüskierte die NATO-Vertreter in der IFOR, die jeglichen Kontakt mit dem indizierten Kriegsverbrecher verboten hatten. Allerdings erst nach Beendigung seiner Mission am 14. Februar wurde Staskov nach Rußland zurückbeordert.[59]

Abgesehen von diesem Vorfall gab es keine ernsten Schwierigkeiten zwischen Rußland und der NATO vor Ort. Es überwiegen die Berichte über die erstaunlich gute Koopertion zwischen Amerikanern und Russen, die sich doch jahrzehntelang als Gegner betrachtet hatten.[60] Nach den Amerikanern erhielten auch die Russen die Erlaubnis zum Transfer durch Ungarn, das sie 1991 als Besatzer verlassen hatten.[61] Der Transfer der Soldaten, Technik und sonstigem Gerät dauerte etwa drei Wochen und erfolgte größtenteils auf dem Schienenweg. Die Soldaten fuhren in ungeheizten Waggons und mußten schikanöse Kontrollen beim Transit über sich ergehen lassen. In der "heimischen" Ukraine versuchte man sie sogar auszurauben. Ein Teil der Fallschirmjäger wurde von der Militärbasis Iwanowo bei Kostroma nach Tuzla eingeflogen, von wo sie in das abgelegene serbische Städtchen Ugljevik in der Nordostecke Bosniens und anderen Stationierungsorten weitertransportiert wurden. Trotz des rauhen Winterwetters war die Verlegung bis 1. Februar 1996 abgeschlossen. Am Zielort waren die Russen vom Empfang durch ihre "serbischen Blutsfreunden" zu Tränen gerührt, wie es in Reportagen heißt, im Alltag ging es jedoch ruhiger und pragmatischer zu. Am 13. Januar machte US-Präsident Bill Clinton am 13. Janaur 1996 bei den Amrikanern in Tuzla einen Blitzbesuch; am 7. Februar traf Gratschow in Bosnien ein, wo er u.a. die russische Basis in Ugljevik inspizierte.[62]

Das russische Kontingent ist für ein Gebiet verantwortlich, in dem 85% Serben und 15% Moslems leben. Es ist im östlichen Teil des serbisch besetzten Posavina-Korridors zwischen Brcko, Tuzla, Zvornik und Bijeljina stationiert. Das Terrain ist schwierig, ein Posten ist sogar auf den Bergen. Im Winter versinkt Bosnien im Schnee, so daß jede Fahrt beschwerlich ist. Die 1.600 Mann starke Brigade patrouilliert in einem 2.800 qkm großen Gebiet; der etwa 1.000 Meter hohen Majevica-Gebirgszug bildet die Trennlinie zwischen Bosniern und Serben. Die Russen sind eingekeilt zwischen zwei amerikanischen Brigaden. Der Stab der russischen Brigade ist 50 km von Tuzla entfernt stationiert – in Ugljevik auf serbischem Gebiet, das von den Amerikanern scherzhaft "Uglyville" genannt wird. In dem kleinen "häßlichen" Bergwerksstädtchen, umgeben von Bergen, befindet sich auch ein unvollendetes Kraftwerk, die Hauptattraktion des Ortes, an dem russische Spezialisten gearbeitet haben, die bei Ausbruch des Krieges abreisten. Gleich daneben in Kasernen, die vorher den Serben gehörten, hausen jetzt die russischen Fallschirmjäger. Die Russen haben den Befehl,

---

59 Reuters, 24.12.1995; ITAR-TASS, 27.12.1995; Segodnja, 26.1.1996, S.8; Interfax, 15.2.1996.

60 AFP, 13.3.1996.

61 Borba, 5.1.1996, S. 2.

62 Jamestown Monitor, vol. 2, No. 19, 12.2.1996.

gegenüber der serbischen Bevölkerung freundlich aufzutreten. Sie sollen in diesem fremden Land helfen, den Frieden zu bringen.[63]

Die Brigade befehligte anfangs der "legendäre" Gardeoberst Aleksandr Lenzow, 39 Jahre alt, der zwei Jahre in Afghanistan diente und für seinen Einsatz in Tschetschenien eine Tapferkeitsmedaille erhielt.[64] Seine 1.600 Mann starke Elite-Brigade, die aus zwei Bataillonen besteht, ist aus Soldaten zweier Garde-Luftlandedivisionen zusammengestellt und rekrutiert sich aus den verschiedenen Nationalitäten Rußlands. Wie ihr Kommandeur haben sie umfassende Kampferfahrung in Afghanistan und Tschetschenien. Hinzu kommen noch Operativgruppen auf allen Ebenen. Zu ihrer Ausrüstung gehören 62 Kampflandemaschinen BMD, 28 gepanzerte Transporter BTR-80, 8 Artilleriestellungen 2C9 "Nona" und 310 Transport- und Spezialwagen. Das Personal wird alle sechs Monate ausgetauscht.[65] Der russische Stab in Ugljevik hält über einen verdeckten Satellitenkanal mit dem Generalstab in Moskau Verbindung. Damit die Chiffrierung nicht von den Amerikanern entschlüsselt wird, sind noch Soldaten der Spionageabwehr vom FSB eingesetzt. Aufgabe des Regiments ist es, die Kriegsparteien durch eine Pufferzone zu trennen, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten, die Rückkehr zu einem normalen Leben in ihrem Sektor zu gewährleisten und humanitäre Hilfe zu leisten. Die Finanzierung des Einsatzes erwies sich als schwierig; nach zwei Monaten Dienst hatten die russischen Peacekeeper immer noch kein Geld erhalten.[66] In der zweiten Julihälfte 1996 wurden 900 von insgesamt 1.600 russischen Soldaten, die in der von der NATO geleiteten IFOR-Truppe dienen, gegen neue Soldaten ausgetauscht. Am 12. Juli traf der neue Kommandeur des Kontingents ein, Oberst Sergej Generalow, der in Tjoplyj Stan bei Moskau die 27. Motorschützen-Brigade kommandierte. Die neuen Paras sind alle Vertragssoldaten, die ein dreimonatiges Spezialtrainingsprogramm für Bosnien absolviert haben. Lenzow flog nach Iwanowo, um das Kommando über eine Fallschirmjägerdivision zu übernehmen.[67]

Die russische Brigade ist dem amerikanischen Sektor in Nord-Bosnien mit dem Zentrum Tuzla zugeordnet und arbeitet mit Teilen der 1. US-Panzerdivision zusammen. Es ist die erste gemeinsame russisch-amerikanische Operation in einer Konfliktzone seit dem Zweiten Weltkrieg.[68] Formal ist sie dem amerikanischen General Bill Nash unterstellt, dem Kommandeur der Division Nord der IFOR in Bosnien. Faktisch gehorchen jedoch die 1.476 Fallschirmjäger nur ihren eigenen Kommandeuren, die die Ausführung der Anordnungen der Amerikaner auch verweigern könne, wenn sie glauben, daß sie im Widerspruch zu den russischen Interessen zu stehen. Bisher kam das selten vor – so z.B. in der Frage der Verfolgung serbischer Kriegsverbrecher. Für den Kontakt nach Tuzla und weiter nach Brüssel sorgt eine

---

63 OMRI Daily Digest, No. 4, Part I, 5.1.1996; No. 9, Part I, 12.1.1996; No. 23, Part I, 1.2.1996. Siehe auch die Reportagen in Izvestija, 23.1.1996, S. 3 u. Segodnja, 26.1.1996, S. 8.

64 Borba, 13.-14.1.1996, S. 2.

65 Nezavisimaja gazeta, 8.2.1996, S. 2.

66 The New York Times, 12.3.1996.

67 Interfax, 10.7.1996; Jamestown Monitor, 11.7.1996.

68 Scott Parrish, OMRI Daily Digest, No. 9, Part I, 12.1.1996.

amerikanische Verbindungseinheit, die auch Operativpläne und Minenkarten zusammenstellt. Neben amerikanischen Nachrichten- und Verbindungseinheiten sind Soldaten der Operativeinheit "Alpha-073" aus Colorado analog der russischen Alpha-Truppe stationiert.[69] Im Unterschied zu den leicht bewaffneten Russen verfügen die Amerikaner über schwere Waffen wie schwere Panzerfäuste, 150 Panzer M1A1 "Abrams" und 250 BMP M2 "Bradly", die aus der Luft von 50 Hubschraubern AN-64A "Apatch" unterstützt werden.[70] In Tuzla wurde von den Amerikanern ein komfortables Militär-Krankenhaus mit einem Nothubschrauber und Rettungsjeep errichtet, worüber die Russen nur staunen können. Die Amerikaner haben alles selbst mitgebracht haben, von den Unterkünften bis zum Essen und Trinken, während die Russen in serbischen Kasernen untergebracht sind und sich vor Ort versorgen.[71] Russen und Amerikaner loben gegenseitig ihr kameradschaftliches Verhältnis. Wie sehr auch die Generäle Nash und Lenzow vom gleichen Verhalten gegenüber den beiden Kriegsparteien sprechen, glaubt kaum einer an die Unvoreingenommenheit von Russen und Amerikanern. Der US-Stab liegt in Tuzla auf muslimischen Territorium und die russische Brigade unweit davon in der Stadt Ugljevik im von Serben kontrolliertem Gebiet.

Die Russen pflegen zu den Serben weitaus engere Verbindungen als zu den Moslems. Einkäufe machen sie in der Region und in Jugoslawien, Ausflüge unternehmen sie hauptsächlich in serbische Städte – Belgrad, Novi Sad, Bjeljina. Von Zeit zu Zeit nutzen sie auch die Dienste der lokalen Machthaber. Hierbei wirkt sich auch der Einfluß der russischen Medien aus, von denen viele proserbische Positionen einnehmen.[72] Natürlich haben die russischen Soldaten gegenüber ihren "orthodoxen Brüdern" größere Sympathien als gegenüber deren Gegnern. Doch bemühen sich die Russen, die in der Stadt Simin Han auf muslimischen Gebiet stationiert sind, sich korrekt zu verhalten. Die Beziehungen zu den Einwohnern des Ortes waren anfangs gespannt, legten sich aber mit der Zeit. Beide Parteien versuchten die Russen gegen die Amerikaner aufzubringen. Doch begannen sich Russen und Amerikaner allmählich als Waffenbrüder zu fühlen: Das erhöhte Interesse aneinander verwandelte sich in gegenseitige Sympathie.

Kämpfen mußten die russischen Friedenssoldaten bis jetzt zum Glück noch nicht. Seit Beginn der Operation feuerten sie keinen einzigen Schuß ab. Lediglich bei einer Patrouille kam es zu einem Zwischenfall wegen unfachgerechten Umgangs mit der Waffe.[73] Bei einem Feuergefecht zwischen bosnischen Rückkehrern und serbischer Polizei im November im Raum Koraj-Celic-Gajevi griff die russische IFOR-Truppe zunächst nicht ein. Wohl konfiszierte sie später Waffen von der örtlichen Polizei.[74]

---

69 Segodnja, 26.1.1996, S. 8.

70 Nezavisimaja, 8.2.1996, S. 2.

71 Reportage des Sonderkorrespondenten Boris Vinogradov in Tuzla "Russkie prileteli v Bosniju za mirom i slavoj", in: Izvestija, 23.1.1996, S. 3.

72 Izvestija, 3.8.1996, S. 3-4.

73 UPI u. Reuter, 6.5.1996; Interfax, 7.5.1996.

74 FAZ, 12.11.1996; OMRI Daily Digest, No. 222, Part II, 15.11.1996.

Inzwischen wurde das IFOR-Mandat in abgewandelter From um ein Jahr verlängert. Die russischen Truppen sind weiter mit dabei. In Moskau einigten sich US-Generalstabschef John Shalikashvili und sein russischer Kollege Viktor Samsonow auf die Fortsetzung des bisher erfolgreichen gemeinsamen Einsatzes russischer und amerikanischer Truppen in Bosnien.[75]

Das Sonderverhältnis zu Serbien

Die russisch-serbischen Beziehungen

Am 28. Februar 1995 unterzeichneten die Verteidigungsminister Pavel Gratschow und Pavle Bulatović in Moskau Grundlagenabkommen, das enge militärische und technologische Zusammenarbeit, gegenseitige Besuche hoher Offiziere und gemeinsame Manöver vorsah. Wegen des Waffenembargos und der Wirtschaftssanktionen wurde das Abkommen damals zumindest offiziell ausgesetzt, jetzt nach deren Aufhebung ist es sofort wirksam.[76] Die anvisierte russisch-serbische Kooperation gab der Belgrader Führung bei den Verhandlungen über die Krajina und Bosnien zusätzliche "technische Argumente" in die Hand. Außerdem spekulierte man, daß Rußland über Serbien/Montenegro Zugang zur Adria suche mit eventuellen Stützpunkten.[77] Auch die Drohung Gratschows, im Falle einer Osterweiterung müsse Moskau seine Haltung gegenüber der NATO erneut überprüfen, ließ weitergehende russische Absichten vermuten. Es schien, als wolle Rußland in Reaktion auf die Pläne zur NATO-Osterweiterung seine "Verteidigungslinie" möglichst weit nach Westen zu verschieben und sich mit einem Gürtel neutraler und befreundeter Staaten zu umgeben. Das Abkommen fand bei Politikern und Militärkreisen im Westen relativ wenig Beachtung, obwohl es mit der geplanten Aufrüstung Serbiens eine ernste Gefährdung der Friedensbemühungen darstellte. Im einzelnen sieht das Abkommen vor: die gemeinsame Produktion des russischen Kampfpanzers T-90 (Programms "VICHOR") sowie des Flugzeuges SU-35, die Lieferung russischer Flugzeuge Mig-29, der Hubschrauber Mi-24, KA-50 und KA-28, luft- und bodengebundener Flugabwehrlenkkörper und Ersatzteile für die Gefechtstechnik sowie die Schulung von LV-Personal. Darüberhinaus ermöglicht Rußland der jugoslawischen Seite den Zugang seiner über Spionagesatelliten gewonnenen Informationen.[78] Die Unterstützung durch Rußland, die mit der Parteinahme der anderen Mächte für Kroaten und Moslems begründet wurde, ermunterte die Serben zu einer härteren, unnachgiebigen Position gegenüber der internationalen Gemeinschaft.

Inzwischen hatte sich nach den kroatischen und muslimischen Offensiven vom Sommer 1995 und den NATO-Luftangriffen im September die Lage weiter zuungunsten der Serben entwikkelt. Um so mehr Gewicht kam der Kooperation Belgrads mit Rußland zu. Nach Unterzeich-

---

[75] Interfax, 5.11.1996.

[76] Internationale Politik, 3/1995, S. 129. Der dort irrigerweise als Unterzeichnender angegebene Momir Bulatović ist Präsident Montenegros. Gemeint ist der jugoslawische Verteidigungsminister Pavle Bulatović.

[77] Kommentar von Milovan Nedjeljković, Rusi na Prevlaki? (Die Russen auf Prevlaka), in: Večernji list, 1.3. 1995.

[78] Siehe Ugovor o vojnoj saradnji (Vertrag über militärische Zusammenarbeit), in: Borba, 28.2.1995, S. 1 u. 7.

nung des Friedensabkommens von Paris drängte Moskau aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen zur raschen Aufhebung des Waffenembargos und der Sanktionen gegen Serbien. Es wandte sich dagegen, diese als Druckmittel auf Belgrad zur Lockerung der inneren Verhältnisse oder in der Kosovo-Frage aufrechtzuerhalten.[79]

Sogleich nach dem Wegfall der Sanktionen gingen beide Seiten an die Umsetzung des im Jahr zuvor geschlossen Militärabkommens. Bei seinem Gegenbesuch in Belgrad unterzeichnete Gratschow mit seinem jugoslawischen Kollegen Bulatović ein entsprechendes Memorandum, das auch die vor dem Zerfall Ex-Jugoslawiens getroffenen Vereinbarungen wieder aufgriff. So war die Ausbildung jugoslawischer Offiziere in Rußland an neuen Flugzeugen durch die Sanktionen unterbrochen worden. Vereinbart wurden u.a. die Bildung einer gemischten Regierungskommission, die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Armeen, der Kauf von bestimmten Waffensystemen, von Mehrzweckhubschraubern MI-24, modernen Raketen- und landgestützte Luftabwehrsystemen, die Modernisierung der Waffentechnik der Bodentruppen. Wegen der durch das Dayton-Abkommen verfügten Reduzierungen sollte die jugoslawische Armee qualitativ verbessert und der durch den Krieg verursachte technologische Rückstand schleunigst aufgeholt werden. Mit der Militärkooperation wollte Rußland offenbar nicht nur dem massiven amerikanischen Rüstungsprogrammen für Kroatien und Bosnien kontern, sondern auch seine Schulden gegenüber Jugoslawien in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar durch die Lieferung von Waffentechnik abzahlen.[80]

Angesichts des gewachsenen westlichen Gewichts in der Balkanregion warnte Gratschow erneut mit Gegenmaßnahmen gegen eine NATO-Osterweiterung. "In dem Fall werden wir Partner in Mittel- und Osteuropa suchen, die unserem ähnliche Sicherheitsstandpunkte haben und uns enger mit ihnen organisieren. Auch wird die russische Militärmacht bedeutend erhöht, und alle Abkommen über Abrüstung in Europa werden revidiert." Daß Gratschow dies nochmal in Belgrad sagte, gibt seinen Äußerungen eine besondere Brisanz. Offenbar soll ein russisch-serbisches Bündnis einen Keil gegen die europäischen Vereinigungspläne und die NATO-Ostausdehnung treiben. Der jugoslawische Verteidigungsminister Bulatović sekundierte ihm, indem mit dem Beitritt Jugoslawiens zu einem neuen Militärblock als Alternative zur NATO drohte. Jugoslawien habe keinen Grund zum Eintritt in die NATO, die ihren Mitgliedern keine hundertprozentige Sicherheit bieten könne – ein Argument, das mit Blick auf den Konflikt Griechenland-Türkei von russischer Seite immer wieder vorgebracht wird. Auch mit dem Beitritt zum Partnerschaftsprogramm habe Belgrad keine Eile.[81]

Nach Ablösung des russischen Außenministers Kosyrew im Januar 1996 folgte der Orientalist und Altfunktionär Jewgenij Primakow, dessen Politik gegenüber Ex-Jugoslawien ruhiger und pragmatischer wurde. Für Primakow haben die Beziehungen zu den GUS-Staaten vor dem Balkan Priorität, jedoch sprach auch er sich für eine strategische Partnerschaft mit Serbien

---

[79] Borba, 15.12.1995, S. 2; Borba, 16.-17.12.1995, S. 2.

[80] Vesti, 10.2.1996, S. 7.

[81] Financial Times, 10./11.2.1996, S. 2.

aus. Wirtschaftsprojekte wie der Bau einer Pipeline, Waffen-, Öl- und Gasgeschäfte, die Lieferung von Akkumulatoren stehen im Vordergrund. In der ersten Jahreshälfte 1996 ging es vor allem um die Reintegration Serbiens in die europäischen Strukturen und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kooperation, wobei Belgrad die angebliche Kompatibilität der beiden Volkswirtschaften hervorhob.[82]

Zum 8. Mai 1996 ließ Präsident Jelzin dem serbischen Präsidenten Slobodan Milošević eine Botschaft zukommen, in der er Moskaus Bereitschaft zu umfassenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Restjugoslawien und sein Bemühen um Teilnahme an den Balkan-Friedensverhandlungen bekräftigte.[83] Bei seinem Besuch in Belgrad am 29. Mai traf Außenminister Primakow in Belgrad zu Gesprächen über den Stand des Dayton-Friedensprozesses. Zu Drohungen aus Washington mit neuen Sanktionen gegen Jugoslawien gab Primakow der Belgrader Führung Schützenhilfe, daß sich auch Moskau nicht in die westlichen Bemühungen um eine Festnahme der Serbenführer einspannen lasse. Eine Verhaftung Karadžićs sei sogar im Hinblick auf den Friedensprozeß kontraproduktiv und würde weitere Schwierigkeiten hervorrufen. Rußland sei entschlossen, sich der einseitigen Position des Westens bei der Umsetzung des Dayton-Abkommens entgegenzustellen. Nachdem er in Rom zuvor mit militärischen Gegenmaßnahmen in Falle einer NATO-Osterweiterung gedroht hatte, bekräftigte er den Wunsch Moskaus, "zu Belgrad eine strategische Beziehung zu etablieren".[84] Schon im Februar 1995 hatte Rußland mit Jugoslawien ein derartiges Abkommen unterzeichnet, in dem es vor allem um Gaslieferungen ging.[85] So wurden in der Zeit des Embargos über das gemischte russisch-serbische Unternehmen "Progresgas-Trading" Lieferungen im Werte von 150 Millionen Dollar für "humanitäre Zwecke" ermöglicht. Auch in der Metallurgie und im Maschinenbau sowie auf dem Nahrungsmittelsektor wurde die Kooperation wiederangekurbelt. Die Kooperation läuft teils über Drittfirmen, darunter auch deutsche, die bereits Zugang zum russischen Markt haben.[86] Einen Tag nach Aufhebung des Waffenembargos gegen Ex-Jugoslawien kündigte das russische Außenministerium an, die militärisch-technische Kooperation mit Belgrad wieder zu beleben. Nun solle auch das unterzeichnete Abkommen wirksam werden. Jugoslawien plant den Kauf von 20 russischen MIG-29 Kampfflugzeugen zur Begleichung russischer von der Sowjetunion ererbter Schulden. Während hohe Militärs in Belgrad Flugzeuge wollen, zieht die Regierung Energielieferungen vor. Das Geschäft soll sich auf 400 Millionen Dollar belaufen.[87] Zur Verdoppelung der Gasimporte ist der Bau einer neuen Gaspipeline geplant. Am neuen Joint venture werde Gazprom 50 Prozent Anteile haben. Geplant sei der Bau einer neuen Gaspipeline, die eine Verdoppelung der Gasimporte ermögliche.[88]

---

82 Borba, 28., 29.2. u. 6.3.1996.

83 Jamestown Monitor, 9.5.1996, laut Itar-Tass, 8.5.1996.

84 OMRI Daily Digest, No. 105, Part II, 30.5.1996; Jamestown Monitor, 31.5.1996.

85 Borba, 30.-31.12.1995, S. 2.

86 Politika, 11.1.1996, S. 9; Borba, 11.1.1996, S. 3; Borba, 17.1.1996, S. 5; Vesti, 15.2.1996, S. 32.

87 Interfax 11. u. 19.6.1996.

88 Interfax, 18.9.1996.

Um die neue Wirtschaftskooperation nicht zu gefährden, bemühte sich Rußland um vorzeitige und vollständige Aufhebung der UN-Sanktionen gegen Restjugoslawien, die es mit den "konstruktiven Rolle" des serbischen Präsidenten Milošević begründete, die die positiven Entwicklungen im Dayton-Prozeß erst ermöglicht hätten. Moskau warnte die übrigen Kontaktgruppenmitglieder vor einer Wiedereinsetzung der Sanktionen gegen Restjugoslawien sowieund vor jeder sonstigen Störung des Friedensprozesses und der Wahlen in Bosnien, etwa durch Beharren auf der Auslieferung des bosnischen Serbenführeres Karadžić.[89]

Rußlands Serbienpolitik paßt sich in die russischen Bemühungen, die Beziehungen zum Iran, Irak und Libyen wiederzubeleben. Aus wirtschaftlichen Gründen stellte sich Moskau gegen Sanktionen gegen Irak, Libyen und Nordkorea und bemüht sich nun um deren Aufhebung.[90] Eine wichtige Rolle spielt der Absatz von Rüstungsgütern an Länder Ost- und Südosteuropas und der Dritten Welt. Die NATO-Osterweiterung wäre diesem Ziel kontraproduktiv.[91] Wie auch in anderen Fällen spielt ideologische Nähe nur eine geringe Rolle. Rußland sucht nach strategischen Partnern und potentiellen Verbündeten auch außerhalb der GUS, insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten NATO-Osterweiterung. Unter Primakow drohen russische Politiker in bester sowjetischer Tradition engere Beziehungen zu den explizit antiwestlich ausgerichteten Regimen als ein Gegengewicht gegenüber dem Westen zu entwickeln. Präsident Jelzins kurzzeitiger Sicherheitsberater, General Alexander Lebed, erklärte die "Wiederherstellung und Festigung traditioneller Bindungen mit den natürlichen Verbündeten" Rußlands sowie die "Suche nach neuen strategischen Partnern" zu einem der Hauptorientierungspunkte seiner künftigen Außenpolitik. Zu den natürlichen Verbündeten Rußlands und antiwestlichen Ländern rechnet im Grunde auch das Milošević-Regime.[92] Auf dem OSZE-Gipfel in Lissabon im Dezember 1996 verhinderten die Russen eine Resolution zur Verurteilung der Repressionen seitens des Milošević-Regimes gegen die Opposition.

Trotz der forcierten russisch-serbischen Kooperation steht das Milošević-Regime ideologisch nicht auf Jelzins Seite, sondern eher auf seiten der russischen Opposition. So entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Zjuganovs KPRF und Miloševićs Regierungspartei SPS sowie der neosozialistischen Sammlungsbewegung Jugoslawischen Linken Jul. Shirinowskijs Ultranationalisten finden in der Serbischen Radikalen Partei Šešelj ihr Pendant und das konservativ-gemäßigte Spektrum von Jelzin, Tschernomyrdin bis Jabloko in der serbischen Oppositionsbewegung Zajedno. Abgesehen von diesen ideologischen Einschränkungen steht Miloševićs prorussischen Orientierung spätestens seit Dayton das Bewußtsein seiner völligen Abhängigkeit vom Westen entgegen. So waren es nicht die Russen, die ihn zum Arrangement mit seinen Kontrahenten unter den kriegführenden Nachfolgerepubliken veranlaßten, sondern amerikanische und europäische Vermittlung.[93]

---

89 Interfax, 11.6.1996.

90 Yevgeni Bazhanov, Russia´s Changing Foreign Policy, in: Berichte des BIOst, 30/1996.

91 Itar-Tass, Interfax, 6.6.1996.

92 Olga Alexandrova, Auf der Suche nach außenpolitischen Alternativen: Die "Dritte Welt" in den russischen Vorstellungen, in: Berichte des BIOst, 31/1996.

93 Oslobodjenje, 5./6.10.1996, S. 1.

Neben Rußland bemühten sich auch andere, vor allem slavische GUS-Länder um Intensivierung der Beziehungen zu Restjugoslawien. So war Weißrußland das erste Land, mit dem Jugoslawien in seiner jetzigen Form ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen schloß. Dem jugoslawischen Präsidenten Zoran Lilić in Minsk versicherte der weißrussische Präsident Lukaschenka, "Jugoslawien habe in Weißrußland, Rußland und der Ukraine aufrechte Freunde."[94] Auch die Ukraine versprach Unterstützung für die Reintegration Restjugoslawiens in die europäischen Organisationen und die Aufhebung der UN-Sanktionen. Die Ukraine gehört neben Rußland zu den Ländern, die Blauhelme nach Bosnien und Ostslavonien entsandten und jetzt an der IFOR-Mission teilnehmen.[95]

Rußlands Beziehungen zu den anderen ex-jugoslawischen Nachfolgerepubliken

Aus der Sonderverbindung Rußlands zu Serbien ist nicht zu schließen, daß es die anderen Nachfolgerepubliken vernachlässigt oder die Beziehungen zu ihnen gespannt sind. So versuchte die russische Diplomatie im Rahmen der Kontaktgruppe durchaus zwischen den streitenden Ländern, vor allem Kroatien, Bosnien und Restjugoslawien, zu vermitteln. Nicht zuletzt aus Eigeninteresse pflegt Rußland außer zu Serbiens auch mit den anderen Nachfolgerepubliken gezielte wirtschaftliche, politische und sogar militärische Beziehungen.

Innerhalb Restjugoslawiens trägt Moskau den Eigenständigkeitsbewußtsein Montenegros Rechnung und versprach die Zusammenarbeit mit der Teilrepublik zu verstärken.[96] In der Kosovo-Frage hingegen unterstützt es den serbischen Standpunkt und lehnt internationale Vermittlung sowie Druck auf Belgrad ab.[97]

Den Hauptrivalen Serbiens auf ex-jugoslawischem Raum, Kroatien, erkannte Rußland kurz nach den EU-Ländern an. Zwischen beiden Ländern bestanden Wirtschaftskontakte; auch wurden lukrative Waffengeschäfte getätigt. So konnte Kroatien trotz des Waffenembargos Material aus russischen Beständen meist auf indirektem Wege erwerben. Die Ukraine soll den Kroaten zur Verteidigung Zagrebs "russische Patriots" C300 angeboten haben, die allerdings wegen der geringen Nähe zur serbischen Front und Fehlen eines entsprechenden Satellitensystems ungeeignet waren. Außerdem hatten sie im Golfkrieg versagt. In Kroatien kämpften russische und ukrainische Söldner sogar zu besseren Konditionen als auf serbischer Seite. Russische und ukrainische Blauhelme standen in der Krajina, die allerdings wegen ihrer proserbischen Einstellung und dubiosen Geschäfte einen schlechten Ruf hatten.[98]

Rußland gehörte zu den ersten Mächten, die Makedonien, das sich friedlich von Belgrad gelöst hatte, anerkannten. Mit Rücksicht auf sein Verhältnis zu Belgrad und Athen zögerte Moskau lange, volle Beziehungen zu der Nachfolgerepublik aufzunehmen – bis kurz nach der Beilegung des makedonisch-griechischen Konflikts im November 1995. Der makedonische

---

94 Borba, 6., 7. u. 8.3.1996.

95 OMRI Daily Digest, No. 18, Part II, 25.1.1996 u. No. 45, Part II, 4.3.1996.

96 Politika, 4.4.1996, S. 2.

97 OMRI Daily Digest, No. 35, Part II, 19.2.1996 u. No. 110, Part II, 6.6.1996.

98 Politika, 22.7.1994, S. 7.

Außenminister Stevo Crvenkovski erinnerte daran, daß Rußland schon vor 80 Jahren eine Vertretung in Bitola hatte. Laut Außenminister Kosyrew wolle Moskau zur Stabilisierung auf dem Balkan beizutragen und eine Ausweitung der Jugoslawienkrise nach Süden verhindern. Auch wolle es die Einbeziehung Makedoniens in die Schwarzmeerinitiative und in die europäischen Organisationen zu unterstützen. Die von Duma-Abgeordneten vrogeschlagene "Union der Slaven" stieß allerdings in Skopje auf Reserven.[99] Politisch wie wirtschaftlich sei Makedonien als Drehscheibe zwischen Ost und West, Nord und Süd interessant. In Rußland seien bereits 30 makedonische Firmen aktiv, in Makedonien agiere bereits Gazprom.[100] Rußland sah sich allerdings mehrfach in UN-Sicherheitsrats isoliert, als es die Reduzierung des UN-Mandats in Makedonien forderte, obwohl Skopje auf die Schwäche seiner, die ethnischen Spannungen und die Krise im benachbarten Kosovo verwies.[101]

Nach dem Abkommen von Dayton entsandte Rußland seinen ersten Botschafter nach Bosnien-Hercegovina, nachdem bereits im Februar 1995 die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen vereinbart worden war. Bereits seit 1992 hielt sich ein bosnischer Vertreterin Moskau auf.[102] Die Wahlen in Bosnien vom September 1996 bezeichnete Außenminister Primakow als wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Region. Präsident Jelzin ließ Izetbegović seine Glückwünsche zu dessen Wahl zum Präsidenten Bosniens übermitteln. Die Bildung eines gemeinsamen obersten Organs für Bosnien-Herzegovina würdigte Jelzin als wichtigen Schritt zur Normalisierung der Lage und Realisierung des Dayton-Abkommens.[103]

Die Slovenen wußten geschickt die Russen ins Spiel zu bringen. So warb der slovenische Außenminister Zoran Thaler bei seinem Besuch in Moskau im November 1995 um Unterstützung für die slovenische Position im Konflikt mit Italien, das die Verträge von Ossimo revidieren und das Problem Triest aufrollen wolle. Auch die Haltung Österreichs, das den Staatsvertrag mit dem vereinbarten Minderheitenschutz gegenüber Slovenien als nicht gültig betrachte, berühre russische Interessen. Der Handel zwischen beiden Ländern habe immerhin ein Volumen von 300 Mill. Dollar erreicht. Er begrüßte die russischen Bemühungen um Aufhebung des Waffenembargos, das vor allem im Falle Sloveniens, das sich nicht mehr im Kriege befinde, nicht gerechtfertigt sei. In der Frage der Rechtsnachfolge Jugoslawiens vertrat er die Ansicht, daß die UN schon 1992 die Beendigung der Existenz der SFRJ konstatiert und die Republiken auf seinem Boden als Rechtsnachfolger anerkannt habe. Deshalb müßten auch Serbien und Montenegro die Aufnahme in die UNO neu beantragen. Zur Frage der NATO-Osterweiterung belehrte Thaler die Russen, daß Slovenien die NATO nicht nur als militärisches Bündnis, sondern auch als zivile Struktur zur Kontrolle militärischer Einrichtungen betrachte. Insbesondere "habe die NATO eine wichtige Rolle bei der Stärkung und Entwicklung der Demokratie einiger Staaten gespielt, in denen früher eine Diktatur existierte...". Er glaube nicht, daß die NATO in irgendeiner Weise Rußland bedrohe,

---

[99] Nova Makedonija, 5.7.1995.

[100] Nova Makedonija, 23. u. 25.11.1995.

[101] Reuter, 30.5.1996; OMRI Daily Digest, No. 106, Part II, 31.5.1996 u. No. 209, Part II, 29.10.1996.

[102] OMRI Daily Digest, No. 232, Part I, 30.11.1995.

[103] OMRI Daily Digest, No. 180, Part I, 17.9.1996; Oslobodjenje, 2.-3.10.1996, S. 20.

es müsse aber in die europäische Sicherheitsstruktur miteinbezogen werden. In Rußland habe sich in den letzten 45 Jahren im Verhältnis zur NATO ein 'Feindbild' entwickelt, das schwer zu überwinden sei. Zugleich warnte er künftigen Gefahren für Rußland "in 10-20 Jahren" seitens seiner östlichen Nachbarn, China und die islamischen Staaten, die eine Zusammenarbeit mit der NATO erzwängen. Zuletzt erinnerte Taler daran, daß auch das slovenische Volk ein slavisches Volk und zugleich der westlichste Vorposten des Slaventums sei, in den romanische, deutsche und slavische Kultur eingeflossen seien. Er drückte sein Erstaunen über die alleinige Konzentration Rußlands auf Serbien aus.[104]

Fazit: Eine neue Aufteilung der Interessensphären?

Das Trauma der Aufteilung Europas in Einflußsphären wirkt auf dem Balkan bis heute nach und man befürchtet, daß der Westen um höherer globaler Ziele wegen die NATO-Osterweiterung hintertreibt und erneut den Ostteil Europas den Russen zuschachert. Schon jetzt seien Präferenzen der Mächte für einzelne jugoslawische Nachfolgestaaten zu erkennen: die massive Unterstützung Kroatiens und der Bosnisch-Kroatischen Föderation durch die Deutschen und Amerikaner, versteckte Sympathien der Briten und Franzosen für Serbien und die russische Protektion für Restjugoslawien. Argwöhnisch werden sogar in der Verteilung der multinationalen Friedenstruppe, der Blauhelme wie der IFOR, Interessenschwerpunkte der Mächte gesehen.

Mit besonderem Mißtrauen wird die Stationierung der russischen Truppen beobachtet. Die erneute Präsenz russischer Truppen in Jugoslawien, die Tito wohlwissend vermieden, habe der Westen geradezu forciert. Diese würde insbesondere für den Fall der Verhärtung der russischen Politik eine ernste Gefahr. Schon 1994 meinte der polnische Verteidigungsminister Piotr Kołodziejczyk in Bukarest, daß eine langfristige Präsenz russischer Truppen in Bosnien nicht zur Friedenserhaltung in dieser Region beitragen würde. Die Stationierung sei ein "spektakulärer Erfolg" für die russische Diplomatie und zugleich Teil einer langfristigen russischen Strategie als Antwort auf die NATO-Präsenz in dieser Region. Sein rumänischer Kollege Nicolae Spiroiu ergänzte, die russische Präsenz in Bosnien "kompliziere nur die Dinge" in der Region.[105]

Diesen Spekulationen gibt das serbisch-russische Militärabkommen neuen Auftrieb. Man spricht schon von russischen Stützpunkten an der Küste Montenegros im Gegenzug zu NATO-Basen auf kroatischem und bosnischem Gebiet. So befürwortete der Sekretär des russischen Verteidigungsrats Jurij Baturin nach Rückkehr von einer Balkanreise im Oktober 1996 die Errichtung einer russischen Militärbasis in der Region. Außerdem forderte er eine stärkere russische militärische Präsenz in Ex-Jugoslawien, selbst nach Beendigung der Friedensoperation, sowie die Ausdehnung der russischen Kontrollzone in Ostbosnien.[106] Als Antwort auf das Rüstungsprogrammen der Amerikaner könnten die Russen durch den

---

[104] Segodnja, 23.11.1995, S. 5.

[105] RFE/RL News Briefs, 21.-25.2.1994, S. 16: Meldung vom 24.2.1994.

[106] Jamestwon Monitor, 1. u. 5.11.1996; OMRI Daily Digest, No. 212, Part I, 1.11.1996.

Militärpakt mit Belgrad ein neues Wettrüsten im Balkanraum hervorrufen und die Serben in einem günstigen Moment zu neuen Abenteuern anreizen.

So trat der ultranationalistische Radikalenführer Vojislav Šešelj im Oktober/November 1996 auf Wahlkundgebungen für ein "Vereinigtes Serbien" von der Krajina bis Dubrovnik, Bosnien und Makedonien ein. Die Schaffung eines Großserbiens hänge wesentlich von Rußlands Unterstützung ab. Dabei prophezeihte er, daß "Großrußland sich erheben, Europa und die Welt erstürmen und auf den Balkan zurückkehren werde, und wenn es dies tut, wird der Tag für die Serben dämmern".[107]

Außerdem wird die Kooperation zwischen Moskau und Belgrad selbst von russischer Seite als mögliches Instrument gegen eine NATO-Osterweiterung angesehen. Es sieht aus, als ob sich eine Achse Rußland-Großserbien anbahne, die Rumänien und Bulgarien einzwängt, als ob die EU mit der Anbindung Sloveniens und Kroatiens und die Amerikaner im Südbalkan ihr Terrain abstecken müssen. Das Sonderverhältnis zwischen Rußland und Serbien könnte sich angesichts der labilen Situation in beiden Ländern zu einem bedrohlichen Szenario für die europäische Sicherheit und Integration entwickeln. In Rußland wie in Serbien sind starke kommunistisch-patriotische und restaurative Kräfte am Werke, die sich als letzte Bastionen der alten Strukturen ansehen. Ein von diesen Kräften bestimmtes Rußland könnte mit Hilfe Serbiens im Südosten Europas einen Keil treiben, der die vollständige Intergration Europas verhindert und auch die NATO-Osterweiterung in dieser Region blockiert.

Noch verfügt Rußland weder über die politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Ressourcen, um einen offenen Konflikt mit den Westmächten in Jugoslawien zu beginnen. Auch wird es Rußland schwer haben, auf dem Balkan Verbündete zu finden, da sogar Serbien und die bosnischen Serben, die von Rußland nur geringe Unterstützung erwarten können, wissen, daß eine Hinwendung zu Rußland keine Alternative für eine Kooperation mit dem Westen, mit den USA und der EU, ist.

Russischerseits sieht man im NATO-geleiteten Jugoslawien-Einsatz schon einen Vorgriff auf die geplante NATO-Osterweiterung: Die NATO sei durch die Stationierung ihrer Verbände in Bosnien näher an die russischen Grenzen herangerückt, was nach dem russischen Militärberater Boris Gromov, eine Störung des europäischen Gleichgewichts bedeute.[108] Im Zusammenhang mit der IFOR-Aktion habe die NATO in Ungarn, Kroatien, Bosnien, Makedonien und Albanien ein Stützpunktsystem errichtet; das ehemalige Warschauer-Pakt-Land Ungarn sei sogar im Osten zum Hauptumschlagplatz geworden; die Amerikaner hätten den Flughafen Tuzla über den IFOR-Einsatz hinaus auf 15 Jahre gepachtet. Einige an der IFOR-Operation beteiligten Länder hoffen ihrerseits, durch die enge Kooperation mit dem Westen vollendete Tatsachen zu schaffen und die Aufnahme in die NATO zu beschleunigen. Solange die NATO-Friedensoperation in Ex-Jugoslawien andauere, seien sie vor neuen Gefahren geschützt. Ganz Bosnien-Herzegovina, einschließlich des serbischen Teils, stehe unter westlicher Kontrolle. Schwer bewaffnete US-Panzertruppen halten vom Epizentrum in

---

[107] OMRI Daily Digest, No. 199, Part II, 14.10.1996.

[108] Komsomolskaja pravda, 28.11.1995.

Nordbosnien nicht nur die bosnischen Konfliktparteien, sondern auch das angrenzende Serbien und Ostslavonien, das unter kroatische Herrschaft zurückkehren soll, in Schach.

Auf Dauer sollte eine Anbindung des gesamten Konfliktraums einschließlich Restjugoslawiens angestrebt werden. Voraussetzung dazu ist neben der Überwindung der ethnischen Konflikte durch eine pragmatische Politik die Beseitigung der restlichen posttotalitären Regime. So sehr Milošević plötzlich als peace-maker hofiert wird, er ist mit seiner postkommunistischen Regierungspartei das Haupthindernis zu einer Normalisierung in Ex-Jugoslawien. Erst mit der Annäherung des Konfliktraums Kroatien, Bosnien und Serbien wäre das Integrationsloch auf dem Balkan geschlossen. Im Idealfalle könnte ganz Südosteuropa mit seinen wichtigen Verbindungen in Richtung Griechenland, Türkei, Schwarzem Meer und Nahen Osten in die EU und die NATO integriert werden. Eine Integration der Balkanländer wäre im Hinblick auf eine strategische Partnerschaft Rußlands mit dem Westen auch kein feindlicher Akt. Vielmehr könnte auch für Rußland eine großräumige wirtschaftliche und politische Vernetzung in der Balkanregion von Vorteil sein. Noch zeigt die Moskauer Führung gegenüber dem Westen eine ambivalente Haltung durch das Nebeneinander von Kooperationsbereitschaft, nationalbetonter Großmachtbestrebungen und entschieden antiwestlichen Sentiments, was sich fatal in der russischen Balkanpolitik widerspiegelt.

Hans-Joachim Hoppe

Russia and the Yugoslav Conflict

Bericht des BIOst Nr. 14/1997

Summary

Introductory Remarks

The Yugoslav conflict appeared to have revived the old clashes of interests between the superpowers on the Balkan peninsula. The quarrel about how to proceed in Yugoslavia even threatened to disrupt the European unification process and the rapprochement between East and West following the fall of the Iron Curtain. For a while it looked as though each of the warring factions had its own protector among the European nations. Germany and the USA appeared to take sides with Croatia and Bosnia, while the UK, France and Russia seemed to be siding with Serbia. These fronts were glossed over by the joint peace efforts, in particular in achieving the Dayton Agreement, and by Russia's integration into the peacemaking actions. In this context, Russia's policy on Yugoslavia is seen as an indicator of its willingness to co-operate with the West.

As the first prospects of a solution emerge after six years of crisis in Yugoslavia, an attempt can now be made to draw up a balance as regards the rôle played by Russia. The study will address the questions as to

- which historical and intellectual traditions govern Russian-Yugoslav relations to this day,
- what rôle Yugoslavia plays in Russia's strategic and foreign-policy considerations and whether Russia has any direct regional interests in the Balkan area - the extent to which Russian policy on Yugoslavia is merely a proxy battlefield in the domestic altercations between the Moscow leadership and the red/brown opposition,
- and to what extent Russia's commitment to Yugoslavia serves only to polish its own foreign-policy profile as a superpower.

And finally, the question must be posed as to whether the integration of Russia, pursued by the EU and the US out of global considerations, was beneficial or rather obstructive to the resolution of the Yugoslav conflict. What rôle did the Russian troops play in the conflict regions? Was and is their deployment really a model for practical co-operation between NATO and Russia, or can the stationing of Russian troops be seen as a dangerous precedent? Russia's new "strategic partnership" with Serbia is seen by many as being particularly ominous, because it could drive a wedge into NATO's plans for expansion. Are the threats perceived in this context being over-rated?

The present study is based on the pertinent literature and also on the press coverage and agency reports, particularly those of Russian and Serbian origin.

Findings

1. The disintegration process in the Soviet Union and in Yugoslavia gave rise to a certain community of interests on the part of the leadership elites, who were anxious to preserve their multi-national states and their own political power status. It was out of such concerns that Gorbachev supported the West's attempts to mediate in the incipient conflict in Yugoslavia. At the same time, military circles in Yugoslavia and the Soviet Union got into contact to hatch joint plans for coups d'état in their respective countries. While the insurrection in Russia failed, these plans were implemented in Yugoslavia in the form of the intervention by the Yugoslav People's Army against Slovenia and Croatia in the summer of 1991 and the war in Bosnia as of 1992.
2. The war in Yugoslavia was an important integration forum for the Russian opposition in the domestic power struggle, enabling it to censure the Moscow leadership for its servility towards the West and its failure to stand up for the Serbs. In doing so, the opposition played on sentimental feelings of ethno-religious and historical kinship, although in reality relations with Belgrade had been volatile in the past and strained during the Tito era. Milosevic' own personal relationship with Gorbachev and Yeltsin was not untroubled, given his links to the nationalist/communist opposition in Russia.
3. In the early days of the Yugoslav conflict, the Russian leadership attempted to perform the difficult balancing act between a Yugoslavia policy with one eye on the West and catering to pro-Serb sentiment within Russia. This pro-Western general line culminated in Russia's consenting in the UN Security Council to the imposition of sanctions against rump Yugoslavia in May 1992. Under pressure from the communist and national-patriotic opposition, Foreign Ministers Kozyrev and Primakov were increasingly at pains to stand up for Russia's own interests without offending the West. Moscow acceded - albeit begrudgingly - to the West's policy of sanctions, and in the process helped to avert stricter measures, in particular military action against Serbia. Deference was done to Moscow's desire for prestige by allowing Russia to be a member of the Contact Group and to take part in Blue Helmet missions. At the same time, the West endeavoured to take advantage of Russia's special relationship with the Serbs. However, the consideration shown to Russia precluded more effective decision-making and more successful crisis management.
4. The greater involvement of the USA, starting in the spring of 1994 with the Muslim-Croat accord brokered by Washington, relegated Russian policies to the sidelines, though a vain attempt at a come-back was made in the form of a military agreement with Belgrade. NATO air attacks were launched and a rapid deployment force created despite Russian objections. The decisive turn in the conflict came from the Croat lightning strike against the Bosnian Serbs in the summer of 1995, which was supported by the West but vehemently criticised by Russia. Up to then assigned a key rôle by virtue of its relations with the Serbs, Russia now found itself hardly needed any more. The peace accords of Dayton and Paris

were negotiated under the auspices of the US and NATO. In its attempts to bolster Yeltsin's domestic position, the West involved Russia more closely in the implementation of the peace process by allowing a Russian participation in the NATO-led IFOR peace corps, including positions in its command structure. The Russian leadership essentially went along with the West's initiatives, while always endeavouring to demonstrate its own line. The West came to regard this co-operation with Russia as a model for a future strategic partnership.

5. The controversies over the implementation of the Dayton Agreement often boiled down to hypersensitivity to Western steps perceived to undermine Russia's image. Of a more substantial nature, however, were Russia's quarrels with its Western partners over how to deal with the war criminals and over the re-armament of the Croats and Muslims to achieve military equilibrium in the region. In this latter case, Russia's reservations were echoed by the Europeans, who, unlike the Americans, were more in favour of disarmament and economic reconstruction.

6. The participation of Russian troops in the UNO peacekeeping efforts and in the IFOR in Bosnia is not undisputed in the Balkan region itself. The West pushed for it as part of its generic considerations on the integration of Russia and as a model for a broader co-operation between Russia and NATO. The former Warsaw Pact countries, however, view the return of Russian troops to the Balkans, and that at two strategically important points, with unease, particularly in the light of the possibility of Russian politics turning tough. A long-term presence of Russian troops in Bosnia would not help to keep the peace in this region but would "only complicate matters". Despite initial difficulties such as the quarrel about the command structure, reports of good co-operation in the field predominate. Up to now, the fears that the Russians could attempt to thwart the re-integration of eastern Slavonia into Croatia or could take sides in the conflict over the northern Bosnian corridor remain unfounded.

7. But an even greater cause of fear than the relatively weak Russian troop presence in Bosnia and Croatia is military co-operation between Russia and Serbia, which is seen as an instrument that could possibly be used to stem the growing influence of NATO on the Balkan peninsula. The trauma of a Europe split up into spheres of interest is still vivid in the region even today. Thus not only the preferences expressed by the various powers for and against the successor states to the Yugoslav Federation, not only the division of Croatia and Bosnia, but also the territorial deployment of the multinational peace force, and in particular the Russian contingent, are seen by many as a re-run of the demarcation of interests in the Balkans. The cumulative effects of Russia's co-operation with the West, superpower aspirations with a nationalist emphasis, and a decidedly anti-Western attitude are causing further uncertainty in the region. The integration of all the ex-Yugoslav republics into the European structures and a strategic partnership between Russia and NATO could help to enhance stability in the Balkans.